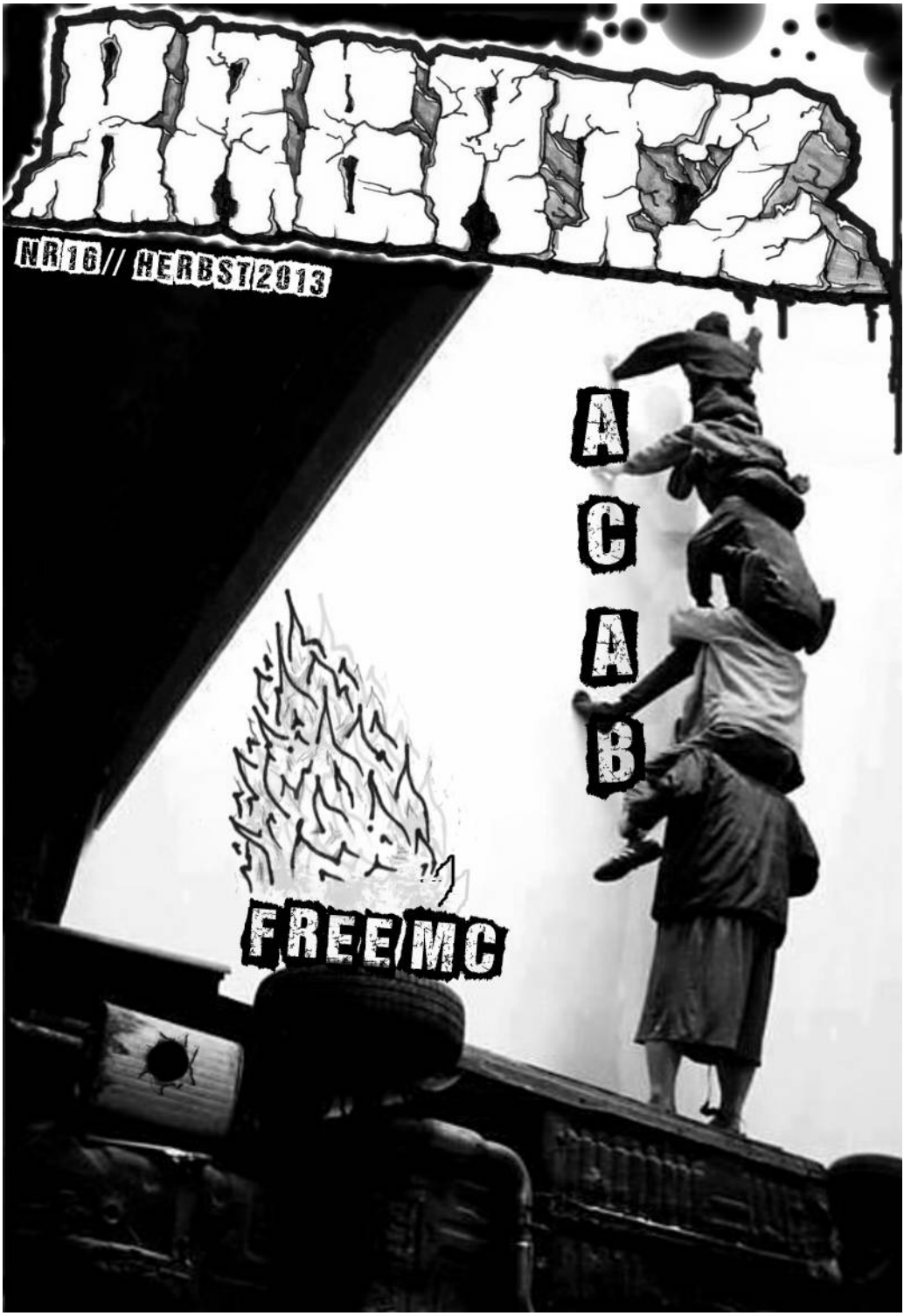
RREFLEX

NR16// HERBST 2013

ACAB

FREE MC



Intro

Rabatz Redaktion

Geliebte Leserschaft,

hiermit melden wir uns aus dem Untergrund zurück. Nach vielen Monaten der intensiven Klausur und verschiedenster Aktivitäten in der Magdeburger Unterwelt möchten wir euch nun die 16. Ausgabe der Rabatz präsentieren. Nun im Ernst: Ihr habt lange auf eine Folgeausgabe unseres heiß geliebten Blättchens warten müssen. Monat um Monat floss das Wasser die Elbe herunter (im Juli auch über die Ufer) und wir schafften es nicht eine neue Ausgabe zu veröffentlichen. Das lag weder an euch, noch an den Bullen – es lag nur an uns. Bereits die letzten vergangenen Ausgaben kamen verspätet heraus und auch sonst fiel es schwer den 3-monatigen Erscheinungsrhythmus zu sichern. Dies lag zum einen an technischen und finanziellen Herausforderungen, aber auch an unseren eigenen persönlichen Unzulänglichkeiten. Letztlich haben wir in der letzten Zeit verantwortungslos als Redaktion gehandelt, indem wir ein Erscheinen bzw. die kontinuierliche Weiterarbeit an unserem Zeitungsprojekt regelrecht einschliefen ließen. Innerhalb der Radaktion gab es zu einer gewissen Zeit keine kollektiven Arbeitsweisen und eine damit unzureichend gemeinsame Auseinandersetzung um die Rabatz organisatorisch und inhaltlich zu realisieren.

An diesen Schwächen möchten wir zukünftig arbeiten um endlich wieder kontinuierlich, verlässlich und widerspenstige Rabatzausgaben herausbringen zu können.

Denn schließlich hat sich nix an den ausbeuterischen Verhältnissen verändert und somit gibt es natürlich noch genug Gründe, ein lokales linksradikales Zeitungsprojekt weiterzuführen. Unsere Öffentlichkeitsarbeit ist für den Kampf um eine klassenlose Gesellschaft unumgänglich. Linke und revolutionäre Themen transparent und nachvollziehbar zu machen, sowie Gegenöffentlichkeit herzustellen sind Basiselemente linksradikaler und klassenkämpferischer Politik. Daran gilt es anzuknüpfen und

das erscheinen einer lebendigen Rabatz fortzusetzen. Dabei gilt es nicht wieder große Sprüche zu klopfen oder unrealistische Ziele zu formulieren – letztlich liegt es an uns zukünftig wieder unsere Kontinuität in der Zeitungsarbeit unter Beweis zu stellen.

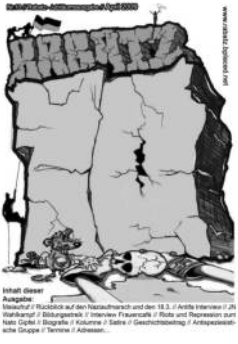
Und wir bitten euch weiterhin uns darin zu unterstützen.

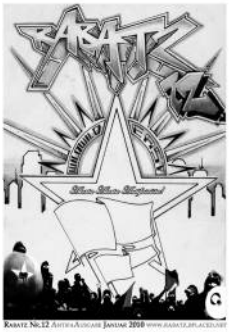
Beteiligt euch an der Rabatz: Schickt uns eure Texte, Zeichnungen, Meldungen, Kommentare, Liebesbriefe, Kritiken oder euer Geld!

Umso mehr Menschen sich an solch einem Projekt beteiligen, umso lebendiger kann es werden – und das soll es auch.

Zu dieser Ausgabe

Die Repressionsbehörden haben im Frühjahr diesen Jahres mal wieder den §129- Hammer nicht nur gegen regionale GenossInnen und Strukturen ausgepackt, sondern waren international sehr aktiv. So fanden im Mai Hausdurchsuchungen durch das BKA in Magdeburg, Berlin und Stuttgart statt. Darüber hinaus gab es länderübergreifende Razzien gegen die türkische Linke, bei denen es insgesamt sechs Verhaftungen gab. Seitdem wurde versucht Solidarität praktisch zu organisieren. Darum liegt auch u.a. der Fokus dieser Ausgabe bei den neuerlichen Repressionsangriffen.





Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der Knast in Burg. Da nun seit ein paar Monaten unser Freund und Genosse, u.a. wegen der Auseinandersetzung mit den Bullen vor unserem Infoladen am 14.Januar 2012 zu 3 Jahren und 9 Monaten verurteilt wurde, in Burg einsitzt, möchten wir euch dazu aufrufen unseren Bruder zu unterstützen!
Darüber hinaus spielt das „War Starts here Camp“ und die Flüchtlingsproteste in Bitterfeld eine Rolle. Doch wir wollen nicht alles vorweg nehmen, lest selber, schreibt und kritisiert!

Zu guter Letzt wollen wir aber noch auf eines hinweisen, denn unser Soziales Zentrum wurde an Immobilienspekulanten verkauft und es kündigt sich wiedereinmal Aufwertung und Verdrängung an, wo gegen es

gilt Widerstand auf die Beine zu stellen. Es gab in den letzten Monaten immer wieder Texte zur Situation des Hauses und wir haben es für diese Ausgabe nicht geschafft, einen aktuellen Text zur Situation zu schreiben. Doch wir haben das Problem nicht aus den Augen verloren und werden diesem Problem weiter unsere Aufmerksamkeit schenken.

Nun wünschen wir euch viel Spaß beim lesen... eure Rabatz-Redaktion

Meldungen . . .

Rabatz Redaktion

22.05.2013: Hausdurchsuchungen wegen §129 und spontane Solidemos
Wenige Tage nach den Hausdurchsuchungen folgten erste Solidemos in Magdeburg, Stuttgart und Berlin. Freitagabends in Magdeburg beteiligten sich rund 100 Leute spontan an der Demonstration unter dem Motto:

Linke Politik verteidigen! Fünf Finger sind eine Faust!

Vom Infoladen aus gings lautstark und kämpferisch durch Stadftfeld. Im Anschluss der Demo wurden mehrere GenossInnen von den Bullen

Europa erwartet. Sieben Bands aus den USA, Finnland und Deutschland sollten auftreten. Das Oberverwaltungsgericht Magdeburg hatte das Konzert zuvor genehmigt und damit eine Beschwerde des Landkreises abgewiesen, der ein Verbot hatte durchsetzen wollen. Dieses Konzert sollte eigentlich im wenige Kilometer entfernten Groß Germersleben stattfinden, wo ein NaziKonzertveranstalter (aus dem Blood- & Honour Spektrum) ein Schloß für 12.000 € kaufte. Da die Summe nicht rechtzeitig hinterlegt wurde musste das Konzert nach Nienhagen verlegt werden, wo bereits schon etliche in der

gewährleisten.

31.05.2013: Wolfen – Nazischmierverein bei Schulparty
Bei einer Abschlussfeier an der Sekundarschule Wolfen I sollen Jugendliche ihre Mitschüler und eine Lehrerin mit Hakenkreuzen beschmiert haben. Das berichteten Augenzeugen am Freitag.

01.06.2013: MD – Nazirandale bei DSDS-Konzert
Magdeburg – Am Abend des 1. Juni randalierten rund 30 Nazis in einem Magdeburger Einkaufszentrum. Bei ihrem Zwischenstopp drangen die Faschos auf der Suche nach Bier in das City Carre ein, in dem zeitgleich unter großer Publikumsbeteiligung eine Autogrammstunde der DSDS-Sternchen Lisa Wohlgemuth und Marco Angelini stattfand und verprügelten einige jugendliche Fans.

06.06.2013: MD - Nazis und das Hochwasser
Magdeburg – Das Hochwasser und seine verheerenden Folgen halten noch immer unzählige Rettungskräfte und etliche freiwillige Helfer_innen in Bewegung. Viele Menschen versuchten die Wassermassen in den Flussläufen zu halten sowie bereits entstandene Schäden zu beseitigen. Doch neben den engagierten Freiwilligen versammeln sich auch Neonazis unter den Helfenden, die das Thema für ihre Ideologie ausschlachten. Ein besonders große Runde machte das Foto mit dem Händedruck von Andy Knape (JN Bundesvorsitzender) und Lutz Trümper (Oberbürgermeister).

17.06.2013: MD – Naziangriff in Straßenbahn
Gegen 19 Uhr wurde ein Indischer Student in der Straßenbahn zwischen Listemannstraße und Pfälzerstraße ins Gesicht geschlagen und erlitt dabei einen Nasenbruch. Außerdem wurde sein Handy dabei gestohlen. Täter war offenbar ein Neonazi.

07.07.2013 Kalifornien: 30 000 Gefangenen in Hungerstreik und Arbeitsverweigerung
Am 7. Juli begann der bis dato größte Hungerstreik gegen Isolationshaft in Kalifornien. 30.000 Gefangene befinden sich seit Montag im Hungerstreik und verweigern teilweise auch die Arbeit. In 2/3 der kalifornischen Staatsgefängnisse sowie allen föderalen und privaten Gefängnissen im Bundesstaat beteiligen sich Gefangene an der Aktion. Derzeit

erkennt die Gefängnisbehörde diesen Streik nicht öffentlich an.

10.07.2013: Durchsuchungen in Burg und Kundgebung
Am 10. Juli durchsuchten Polizeieinheiten mehrere Wohnungen junger Antifaschisten in Burg. Am Wochenende darauf organisierte die Antifa Burg eine Kundgebung in der Burger Innenstadt um zur Solidarität mit den Betroffenen und für die Fortsetzung der antifaschistischen (Selbstschutz-) Kampagnen aufzurufen.

11.07.2013: Nazis in Burg
Gegen 19:00 Uhr kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den zwei Stadtbekannten Neonazis Susanne K. und Bianka S. und einigen AntifaschistInnen. Gegen 22:00 Uhr lauerten die, etwa 15 Personen, wieder Antifas in der Stadt auf und versuchten diese bewaffnet anzugreifen.

13.07.2013: MD – Stadtfeld Straßenfest
Zum 3. Mal fand das Straßenfest in der Steinigstraße beim Infoladen statt. Viele Leute beteiligten sich an den Ständen oder am Programm. Neben einer Bühne, zahlreichen Infos- und Bastelstände wurde auch eine Ausstellung mit politischen Plakaten seit den 60er Jahren aufgebaut. Nach verschiedenen Angaben nahmen mehrere hundert Menschen den Tag über am Fest teil. Na dann bis zum nächsten Jahr!

18.08.2013: MD – Stadtfeldcup in der Beimssiedlung
Beim diesjährigen Stadtfeldcup „Jeder liebt sein Viertel - ohne Nazis“ beteiligten sich etliche Teams. Neben Fußball gabs einen Infotisch, Grill und gute Musik. Dieses Mal beteiligten sich vor allem viele Jugendliche aus dem Stadtteil.

27.08.2013: MD – Solikundgebung anlässlich des Hungerstreiks in Bitterfeld
Rund 40 MagdeburgerInnen haben sich ab den Mittagsstunden vor der Ausländerbehörde zu einer Kundgebung versammelt und drückten ihre Solidarität mit den politischen Forderungen der AktivistInnen aus Bitterfeld aus. Es wurden Flyer, Lose und Infomaterialien

DONNERSTAG, DEN 12. JULI

BERICHTIGUNG

Falscher Begriff

LEER - Auf der Thema-Seite in der gestrigen Ausgabe der OZ war versehentlich von „gewaltbereiten Verfassungsschützern“ die Rede. Es muss natürlich „gewaltbereite Rechtsextremisten“ heißen. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

verteilt, um die Stadtbevölkerung auf das Protestcamp der Bitterfelder Flüchtlinge hinzuweisen. Die drei Redebeiträge, welche vor der Behörde verlesen wurden, thematisierten die problematische Situation von Flüchtlingen in der BRD sowie die historischen Zusammenhänge der Asylpolitik von 1993, also die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, und der gegenwärtigen Abschiebepraxis deutscher sowie europäischer Institutionen.
Der Hintergrund zu dieser Kundgebung ist die Gründung des Protestcamps in Bitterfeld. Infos zum Widerstand der Flüchtlinge:
http://refugeeprotestbtf.blogsport.de/

31.08.2013: MD – Migranten wehren sich gegen Naziangriff

Zunächst wurden zwei Menschen aus dem Irak in einem Nachtbus von zehn Nazis angepöbelt worauf eine verbale Auseinandersetzung folgte. Als der Bus am Hasselbachplatz eintraf und die Beiden den Bus verließen brachten sie erst ihre Wut zum Ausdruck indem sie ihre Bierflaschen in Richtung der Nazis warfen. Anschließend kehrten sie mit fünf weiteren Bekannten aus einem nahe gelegenem Imbiss zurück um den Nazis eine Abreibung zu verpassen.

September 2013: Stadtfeld-Ost

Nach einiger Zeit ist nun die 16. Ausgabe der Rabatz erschienen.

14.Sept.2013: Im Zeitraum von 9.30 – 11.30 Uhr planen die Nazis von "Pro Deutschland eine Kundgebung vor dem Sozialen Zentrum.

Ab 9.00 Uhr wollen wir uns treffen um sie gebührend zu empfangen.

13.Sept.2013, 19 Uhr, Infoladen: "Warm Up" zur Nazikundgebung mit letzten Infos und mehr.

Die rechtspopulistische Splitterpartei "Pro Deutschland" startete Ende August eine Wahlkampftour, mehr als 100 Stationen soll diese beinhalten. Gezielte Provokationen sollen den ansonsten selten wahrgenommenen Islamfeinden Aufmerksamkeit sichern. So will "Pro Deutschland" bundesweit vor islamischen Zentren, in der Nähe von Flüchltingsheimen oder linken Treffpunkten auftreten. Selbst die Redaktionssitze einiger linker Zeitungen und Zeitschriften werden besucht.

Am 14. September will "Pro Deutschland" auch hier in Stadtfeld vor dem Sozialen Zentrum eine Kundgebung abhalten. Diese Provokation wird nicht unbeantwortet bleiben und wir rufen alle dazu auf den Kundgebungen der Faschisten von "Pro Deutschland" entgegenzutreten – egal wo sie auftauchen und ihren rassistischen Wahlk(r)ampf verbreiten wollen! Lasst uns am Samstag den 14. September 2013 gemeinsam ab 9.00 Uhr beim Sozialen Zentrum treffen um den Nazis eine klare Absage zu erteilen. Seid rechtzeitig vor Ort und achtet auf weitere Ankündigungen.
Kein rassistischer Wahlkampf, weder in Magdeburg-Stadtfeld noch anderswo! Unsere Wahl heißt Widerstand! Selbstorganisation statt Stellvertreterpolitik!
Seid rechtzeitig vor Ort und achtet auf weitere Ankündigungen. Falls die Kundgebung der Nazis verlegt wird wäre es sinnvoll mobil zu bleiben. Beim „Warm Up" gibt's die letzen Infos. Setzt euch mit uns in Verbindung wenn ihr euch an den Aktionen beteiligen oder uns unterstützen wollt.

Gespräch über das aktuelle Ermittlungsverfahren nach §129 in Berlin, Magdeburg und Stuttgart

Soligruppe Berlin

Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen neun Personen aus Berlin, Magdeburg und Stuttgart wegen Mitgliedschaft in den Revolutionären Aktionszellen (RAZ). Diese Gruppe zeichnete sich für fünf Brandanschläge auf Berliner Institutionen zwischen 2009 und 2011 verantwortlich. Um einen kurzen Überblick über die Razzien zu vermitteln, möchten wir euch das Interview mit Anja vorstellen. Dieses Interview wurde bereits im Neuen Deutschland abgedruckt.
Niels Seibert sprach mit Anja (Name geändert), einer Beschuldigten, bei der am 22. Mai eine Hausdurchsuchung stattfand. Die Auszubildende engagiert sich im Themenfeld Antirepression sowie in Stadtteil- und Arbeitskämpfen.

»Vermummt und bewaffnet standen sie vor meinem Bett«

Wenn ein Verfahren nach Paragraf 129 StGB eingeleitet wird, werden die Betroffenen nicht sofort darüber informiert. Wie haben Sie erfahren, dass gegen Sie ermittelt wird?

Anja: Es war vor knapp zwei Monaten, um 6 Uhr morgens. Ich wachte durch einen lauten Knall und Schreie auf. Ehe ich mich versah, schauten mich drei oder vier maskierte Männer an. Vermummt, bewaffnet und in Kampfmontur standen sie vor meinem Bett und befahlen mir die Hände zu zeigen. Dann wurde ich in Handschellen gelegt.

Was dachten Sie in diesem Moment?

»Hier stimmt doch was nicht!« und »Was ist los?« Im Anschluss an dieses Spektakel verlas ein BKA-Beamter den Vorwurf: »Sie sind Beschuldigte in einem Ermittlungsverfahren nach Paragraf 129 und hier ist der Durchsuchungsbeschluss.«

Was wird Ihnen konkret vorgeworfen?

Es geht um die angebliche Mitgliedschaft und Unterstützung der Revolutionären Aktionszellen. Die RAZ haben in den vergangenen Jahren Sprengstoff- und Brandanschläge gegen verschiedene Behörden und Einrichtungen verübt. In ihren Erklärungen kritisieren die RAZ soziale Ungleichheit. Sie machen dafür die Regierung verantwortlich, die nicht die Interessen der Menschen, sondern die

des Kapitals vertrete und umsetze. Außerdem gibt es noch den Vorwurf der Herausgeberschaft der kriminalisierten linken Zeitung »radikal«. Seit den 1980ern steht die »radikal« im Fokus der Ermittlungsbehörden. Sie versuchen immer wieder, ihr Erscheinen zu verhindern, bis jetzt ohne Erfolg.

Sind diese Vorwürfe gegen Sie begründet?

Es ist nichts Neues, dass fortschrittliche Linke und Revolutionäre verfolgt werden, die sich das Ziel gesetzt haben, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, in der alle Menschen in Selbstbestimmung und Würde leben können. Damit wird versucht, Gruppen oder Bewegungen, die Widerstand gegen Unterdrückung leisten, als kriminell und gewalttätig darzustellen. Der Paragraf 129 passt dabei wie die Faust aufs Auge. Es bedarf nur einiger Indizien, um ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Hat dieses einmal begonnen, ist die Palette der Ermittlungsmethoden sehr reichhaltig. So wird die totale Überwachung von Personen gerechtfertigt. Deshalb ist der Paragraf 129 als Schnüffelparagraf bekannt.

Was haben Sie empfunden, als Sie erfahren haben, dass Sie seit etwa drei Jahren überwacht werden?

Jede politische Aktivistin muss mit solchen Maßnahmen rechnen. Solche Repressalien gegen Linke haben eine lange Tradition. Wir wissen, dass Genossinnen und Genossen weltweit und zu anderen Zeiten schon mit ganz anderer Repression fertig geworden sind. Das macht einem Mut.

Sie bezeichnen den Paragrafen 129 als Schnüffelparagrafen. Meinen Sie, dass es in Ihrem Fall nur darum geht, Sie auszuforschen?

Repression zielt immer auf mehr. Die Herrschenden müssen ihre Macht erhalten. Dies versuchen sie mit Lügen, Vereinzelung und Einschüchterung. Das trägt bei uns Betroffenen jedoch keine Früchte. Es gibt keinen Grund, dass wir uns dadurch abschrecken lassen.

Ihre Antworten klingen sehr abgeklärt. In unserer jahrelangen politischen Arbeit in verschiedenen Teilen der linken Bewegung und im Antirepressionsbereich

SOLIGRUPPE

ZU DEN RAZZIEN AM 22. MAI

WEGEN DER ANGEBLICHEN BILDUNG EINER KRIMINELLEN VEREINIGUNG - DEN "REVOLUTIONÄREN AKTIONSZELLEN - UND DER ANGEBLICHEN MITARBEIT AN DER UNTERGRUNDZEITSCHRIFT „RADIKAL"

SOLIGRUPPE.BLOGSPORT.EU

haben wir uns anhand der Berichte von Betroffenen mit verschiedenen Methoden der Repression auseinandergesetzt. Da wir nun selbst betroffen sind, kann es nur heißen: Jetzt erst recht! Das Vorgehen der staatlichen Stellen werden wir nicht einfach hinnehmen, sondern einen kollektiven, offensiven Umgang damit finden, der uns und die Fortführung unseres politischen Kampfes stärkt.

Erfahren Sie Unterstützung?

Viele politische Gruppen haben uns Unterstützungserklärungen geschickt. In Berlin hat sich ein kleiner Kreis von Leuten zusammengefunden, die Solidarität organisieren. Das gleiche auch in Stuttgart und Magdeburg, wo es ebenfalls Durchsuchungen gab. Im vergangenen Monat gab es Demonstrationen und Kundgebungen, auch vor der JVA Tegel, wo Olli sitzt. Er ist einer der neun Beschuldigten dieses Ermittlungsverfahrens. Da er sich wegen einer früheren Haftstrafe wegen angeblicher Mitgliedschaft in der militanten gruppe und der Brandstiftung an Bundeswehr-Lkw noch im offenen Vollzug befand, wurde er direkt in den geschlossenen Vollzug verlegt, auch seine Zelle wurde durchsucht.

Wir werden unsere DNA nicht freiwillig abgeben!

Erklärung der nicht inhaftierten Beschuldigten des laufenden § 129 Verfahrens

Anfang Juni beantragte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Entnahme der DNA mehrerer Beschuldigter des aktuellen, offensichtlich schon längere Zeit laufenden Ermittlungsverfahrens nach § 129.Uns sind diese Ermittlungen seit den bundesweiten Razzien gegen insgesamt 9 GenossInnen am 22. Mai 2013 bekannt. Es wurde den bisher zur DNA Abgabe Aufgeforderten bis zum 19.6.13 Zeit zur Stellungnahme bzw. freiwilligen Abgabe der DNA eingeräumt. Wir gehen davon aus, dass diese DNA Entnahme, ebenso wie eine aktuell schon laufende umfangreiche versuchte Ausforschung prinzipiell alle Beschuldigten und darüber hinaus weite Teile der linken Bewegung treffen kann und auch soll.Ziel der kapitalistischen Repressionsmaschinerie ist es offensichtlich überall, wie es momentan weltweit anhand des aktuellen Falles der Überwachung des Internets durch das NSA Projekt "Prism" deutlich wird auch hier, im kleineren Maßstab, eine möglichst große Flut an Daten zu erheben, um Strukturen weiträumig zu durchleuchten, Ängste in diesen zu schüren und politische Arbeit, welche dieses System grundsätzlich infrage stellt, zu behindern.Momentan davon betroffen sind Einzelne – doch wir lassen uns nicht spalten und lehnen diese „freiwillige" DNA – Abgabe ebenso wie jedes weitere Eingehen auf Angebote und Einschüchterungsversuche der Repressionsorgane kollektiv ab. Wir gehen davon aus, das sie daraus folgend die DNA-Abgabe unter Zwang versuchen werden durchzusetzen.

Wir weigern uns mit diesem Staat und seinen Handlangern zu kooperieren!

Diese Repression, welche uns seit den Razzien am 22.5. 13 als Angriff ihrer Klassenjustiz entgegen schlägt, soll uns isolieren und einschüchtern. Doch dieses Ziel wird sie nicht erreichen, da wir uns in jedem Falle offensiv und kollektiv damit auseinandersetzen werden.

Linke Politik verteidigen!

Fünf Finger sind 'ne Faust!

Zum Hintergrund der Radikal, der Revolutionäre Linke und den Revolutionären Aktionszellen

Soligruppe MD

Die radikal erschien erstmals am 18. Juni 1976 in Berlin. Sie selbst verstand sich als Sprachrohr der linksradikalen Bewegung und war in den 1980ern und 1990ern das auflagenstärkste und wahrscheinlich einflussreichste Blatt. Zwischen 1984 und 1997 wurden gegen die Zeitschrift 210 Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer *"terroristischen Vereinigung"* geführt. Damit ist sie die am häufigsten von kriminalistischen Ermittlungen und Strafverfahren betroffene Zeitschrift der Bundesrepublik Deutschland. Die Zeitschrift wurde ab 1984 anonym und konspirativ herausgegeben und erscheint unregelmäßig. In den Jahren 2000 bis 2003 war die Herausgabe der radikal über einen längeren Zeitraum hinweg unterbrochen.

Die Zeitschrift begann mit einem offenen Konzept und öffentlichen Redaktionstreffen. Die Erstausgabe startete mit einer Auflage von 3000 Exemplaren.

Ein erstes Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift begann 1978 aufgrund des Abdrucks des verbotenen Mescalero-Briefs, in dem unter anderem *"klammheimliche Freude"* für den Anschlag auf den Generalbundesanwalt Siegfried Buback geäußert wurde. Weitere folgten, u. a. wegen des Abdrucks von Bekennerschreiben sowie von Bauanleitungen für unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen.

Ab 1984 erschien die radikal anonym, nur über Postfachadressen in der Schweiz oder den Niederlanden erreichbar. Damit konnte die Popularität der Zeitung noch gesteigert werden, da in der radikal Artikel veröffentlicht wurden, was so in anderen Publikationen nicht möglich war. Zu dieser Zeit hatte sie eine Auflage von 6.000 Exemplaren, konnte allerdings weit mehr Menschen über die Verbreitung in WGs, Infoläden, politischen Gruppen und ähnlichem erreichen. Außerdem wurden zahlreiche Exemplare auch über in der BRD angefertigte Fotokopien verbreitet. 2006 erschien eine neue Ausgabe *"30 Jahre radikal*", in der die Geschichte des Projektes und der linken Bewegung reflektiert wurde.

Im Sommer 2009 wurde die 161. und im Februar 2010 die 162. Ausgabe, von einem neuen Redaktionskollektiv der Revolutionären Linken (RL) publiziert. Im Sommer 2010 erschien Nr. 163 im Umfang von 68 Seiten, u.a. mit einem *"Grundsatzpapier zur Organisierung als Revolutionäre Linke (RL)*" und knapp ein Jahr später die Ausgabe 164 im Umfang von 48 Seiten und mit einem Schwerpunkt zum Thema *"Vom Protest zum Widerstand zum Aufstand“* - ebenfalls als *"Publikation der Revolutionären Linken."*

Revolutionäre Linke

Die RL schreibt dazu:

"Die Vermittlung von politischen Inhalten, wie es so schön als Allgemeinplatz heißt, ist ein wesentlicher Faktor der Außenwirkung der revolutionären Linken im allgemeinen und jeder einzelnen Gruppierung im besonderen. Bleibt man als Gruppenzusammenhang der revolutionären Linken sprachlos, so bleibt man vor allem aussagelos, d.h. die eigene unvermittelte Politik bleibt in der Regel auch erfolglos. Die Organisierung eines Gruppenzusammen- hangs der revolutionären Linken schließt die Schaffung publizistischer Ausdrucksmittel unmittelbar ein. Das (regelmäßige) Herausbringen und der (sich erweiternde) Vertrieb einer Zeitung kann hinsichtlich des Organisierungsprozesses ein zentrales Element der Festigung sein. Denn mit der Vermittlung und Verbreitung der eigenen und/oder kontroversen Positionen geht eine Auseinandersetzung einher, die zu einem Strukturaufbau der revolutionären Linken beiträgt." (November2010)

< Tarnumschlag der »radikal« Nr. 162, Winter 2009/2010

> Tarnumschlag der »radikal« Nr. 163, Sommer 2010

Bei der *"Revoutionären Linken"* (RL) handelt es sich um einen klandestinen* Organisationsansatz innerhalb der radikalen Linken. Dabei gehen die Mitglieder der RL davon aus, dass revolutionäre Politik zwangsläufig zur Illegalisierung durch die bürgerlichen Staatsmacht führt. Legalität wird entsprechend als temporärer Zustand betrachtet, was eine klandestine Organisierung von Anfang an nötig mache. Der ideologische Ausgangspunkt der RL besteht im Ziel des Aufbaues einer *"proletarisch- revolutionären Autonomie"*. Die RL versucht das anarchistische und kommunistische Spektrum, auf der Basis des Klassenstandpunktes, gemeinsam zu organiseren.

Die RL selber schreibt dazu in ihrem *"Grundsatzpapier zur Organisierung als Revolutionäre Linke"*(RL), veröffentlicht im Juni 2010,:

"... Zu unserer Ausgangslage. Ein Projekt wie die Revolutionäre Linke (RL) wird sich erst einen Platz innerhalb der antagonistischen

Strömungslinken, in der Linken allgemein und in unserer Klasse schaffen müssen. Sie wird sich positionieren und die Gretchenfrage beantworten müssen, was es heißt, als revolutionäre Linke Politik machen zu wollen und entsprechend aufzutreten, um breiteren Einfluss zu erlangen. Wir haben nachvollziehbar zu machen, was uns im Gegensatz zu Fraktionen des angeblich auf die Anerkennung politischer Realitäten setzenden Zentrismus und der Reformlinken im alten oder neuen Gewand (wie Teile der sog. Interventionistischen Linken – IL oder die Anhänger eines radikalen Reformismus) unterscheidet.

Eine zentrale Bezugsquelle für die eigene Grundorientierung findet sich in dem Ansatz, wonach ein revolutionärer Prozess sowohl eine politische als auch eine soziale Seite hat. Denn eine Revolution, die nur als eine "politische" verstanden wird, d.h. eine, die allein oder vorrangig darauf aus ist, die herrschenden Klasse zu stürzen, ist nur eine "halbe"; wie es ebenfalls völlig zu kurz gegriffen ist, zu meinen, eine tiefgreifende Veränderung der ökonomischen Basis reiche aus, ohne den politischen Überbau auszuhebeln. Eine Revolution ist von der Zielsetzung der völligen Umkrempelung der vorgefundenen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse nur dann "komplett", wenn die politische und soziale Seite gleichermaßen in Angriff genommen wird.

Diese "komplette" Definition einer politischen und sozialen Revolution setzt vieles voraus: Zentral ein ausgeprägtes Klassenbewusstsein, ein Bewusstsein darüber, dass nicht nur abstrakt die kapitalistische Ausbeutungs- und Eigentumsordnung auf den geschichtlichen Misthaufen zu kippen ist, sondern dass sich die handelnden AkteurInnen, das revolutionäre Subjekt als Kollektiv, versucht sich von diesem System geistig und gefühlsmäßig zu emanzipieren und zwar bis in jede Faser ihres Seins. ..."

< Tarnumschlag der »radikal« Nr. 164, Sommer 2011

> Tarnumschlag der »radikal« Nr. 165, Winter 2011/2012

"Die Revolutionären Aktionszellen"

Die *"Revolutionären Aktionszellen"* (RAZ) führten laut eigener Verlautbarung mehrere Anschläge unter anderem auf die

Agentur für Arbeit, auf das Haus der Wirtschaft in Berlin, das Bundesverwaltungsamt, das Zentrale Mahngericht in Berlin durch. Zudem bekannte sie sich dazu, sowohl an den Innenminister des Bundes als auch an zwei *"Extremismusforscher"* Patronen verschickt zu haben. In dem Grußwort an den *"Autonomie-Kongresses"* in Köln schreiben die RAZ unter anderem:

"... Wenn wir von einer Organisierung sprechen, so von einer, die sich klassenspezifisch positioniert. Unter dem Begriff „Klassenautonomie“ verstehen wir nicht das plakative Einnehmen eines proletarischen Klassenstandpunktes, der die Selbstemanzipation des Proletariats gegenüber Stellvertretersystemen und Verwaltungseinrichtungen ausdrücken soll. Vielmehr zielt die Erlangung von Klassenautonomie auf die praktische Förderung des Räte-Gedankens, der Basis der Schaffung einer egalitären und libertären Gesellschaftsform. Hiermit wird der Blick wesentlich geweitet und überwindet zumindest dem Anspruch nach die Kapsel der selbst auferlegten Beschränkung".

"Ein aufständischer Ausblick

Wir sind große AnhängerInnen von realistischen Einschätzungen, die sich empirisch abstützen lassen, als von Mutmaßungen, die vage bleiben und nicht wirklich greifbar sind. Deshalb lassen wir ein genaueres Prognostizieren des „kommenden Aufstands“ und orientieren uns scheinbar widerspruchsvoll an dem wahrscheinlichsten Szenario: das bis an die Zähne bewaffnete Bollwerk der staatlichen Repressionsapparate samt Söldnertruppen wird uns nicht nur abwartend gegenüberstehen, sondern schussbereit sein und offensiv werden, sofern sich die Grundfeste dieses kapitalistischen Klassenstaates zu verschieben droht. Übrigens hantieren wir hier mit einer Wahrscheinlichkeit, die oft genug in der Geschichte der revolutionären Linken zur (bitteren) Realität wurde; bitter vor allem deshalb, weil die fehlende mentale und materielle Vorbereitung zu einem großen Handicap wurde, da wir mit einer gegnerischen Armada konfrontiert wurden, die uns weit überlegen war. Diese gesellschaftsgeschichtliche Konstante gilt es auszuhebeln.

Deshalb setzen wir darauf, uns als klandestin-militanter Sektor der revolutionärer Linken Rüstzeug zu beschaffen und anzulegen. Das mag als (sprachliche) Aufrüstung verstanden werden, entspringt aber aus einer nicht nur historisch begründbaren Annahme, dass der kapitalistische Klassenstaat von seinen AnhängerInnen (letztlich militärisch) geschützt wird. Sie haben ganz einfach den rechtsstaatlich verbrieften Auftrag, die Unversehrtheit der herrschenden Eigentumsordnung zu garantieren.

Jedes auch nur gedankliche Aufstandsszenario

kommt, falls alle möglichen und unmöglichen Resultate mit gedacht sind, nur durch eine unverantwortliche Ausblendung an politisch-militärischen Fragestellungen vorbei. Wir können nur dazu ermuntern, sich z.B. mit verschiedenen historischen Aufstandspolitiken, seien es jene, die in Lenins und Blanquis oder in Bakunins und Mosts Schriften vermittelt werden, zu beschäftigen. Denn eines vermitteln diese schon sehr präzise: Aufgrund der bereits damals bis unter die Depotdecke mit militärischem Equipment gefüllten Arsenale war eine nicht-militärische Lösung im Verlauf der Zuspitzung des Klassenkampfes in Richtung eines (bewaffneten) Aufstands pure Illusion. Uns hilft nicht die Verleugnung des politisch-militärischen Faktors im Rahmen des „kommenden Aufstands“, sondern nur eine Auseinandersetzung über eine der gesellschaftspolitischen Lage nach angemessenen Umsetzung einer Option des bewaffneten Kampfes, die in eine proletarische Massenlinie integriert ist."

Klasse gegen Klasse – Krieg dem Krieg!
Für eine militante Plattform – für einen revolutionären Aufbauprozess – für den Kommunismus!

Revolutionäre Aktionszelle - Zelle Georg von Rauch-

Chronik

Aktionen gegen Agenda 2010, gegen Razzien in Buchläden und Zwangsräumungen

30. Dezember 2009: Agentur für Arbeit, Berlin-Wedding

Im dritten Jahr der Wirtschaftskrise und fünf Jahre nach Einführung von Hartz IV verüben die RAZ ihren ersten Anschlag auf ein Jobcenter im Stadtteil Wedding. In ihrer Anschlagserklärung wenden sie sich gegen die Agenda 2010 und die angekündigten Verschärfungen durch die Jobcenter.

4. Februar 2010: Haus der Wirtschaft, Berlin-Charlottenburg

Nur fünf Wochen später folgt der zweite Anschlag zum gleichen Thema. In den Tagen zuvor hat der Vorsitzende der fünf Wirtschaftsweisen und Berater der Bundesregierung, Professor Wolfgang Franz, den Vorschlag in die Debatte gebracht, die Sozialleistungen für Hartz-IV-Bezieher zu kürzen, um diese zur Arbeit zu zwingen. Auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Roland Koch, fordert eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger. Die RAZ bezeichnen die staatlichen und behördlichen Pläne als »Klassenkampf von oben«.

18. November 2010: Bundesinnenministerium, Außenstelle Bundeshaus, Berlin-Wilmersdorf

Der Berliner Hauptsitz des Bundesverwaltungs- amtes, wo die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung untergebracht ist, ist das Ziel des dritten RAZ-Anschlags, der zeitgleich zur Innenministerkonferenz stattfindet. Die RAZ wählte diesen Ort aus, weil diese Einrichtung des Ministeriums »Teil des institutionellen Geflechts der Repressions- und Ideologieapparate« der Bundesrepublik sei.
In den Wochen davor war es in Berlin und München wiederholt zu Razzien in linken Buchläden gekommen und zu Beschlagnahme linker Zeitschriften und

Broschüren. Diese Durchsuchungswelle bewegt nicht nur die RAZ. Ein Solidaritätsaufruf der Kampagne »unzensiert lesen«, wird in dieser Zeit von über 1400 Personen und Gruppen unterzeichnet.

März 2011: Die RAZ verschickt 8mm-Patronen an den neuen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), den stellvertretenden Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum und den Extremismusforscher Uwe Backes. In ihrem dazugehörigen Kommuniqué bezeichnet die RAZ diese Personen als ausgewählte Protagonisten der staatlichen Repressionswelle der vergangenen Monate und Jahre. Sie beziehen sich dabei auf die Staatsschutzprozesse gegen deutsche und migrantische Linke, den internationalen Einsatz von Polizeispitzeln, die Kriminalisierung linker Medien, die Räumung von linken Hausprojekten, die Beugehaftandrohung gegen ehemalige Mitglieder der RAF im Prozess gegen Verena Becker sowie auf tödliche Polizeischüsse und den Mord an Oury Jalloh, der in einer Dessauer Polizeizelle verbrannte.

27. April 2011:Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg in Berlin-Wedding und Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in Berlin-Mitte

Wenige Tage vor dem 1. Mai trifft es mit dem Mahngericht – Arbeitsplatz von Gerichtsvollziehern – und der kommunalen Einrichtung der Stadtumstrukturierung weitere Akteure des »Klassenkampfs von oben«. Die Umstrukturierungsprozesse im städtischen Wohngebiet treffen vor allem sozial schwache und migrantische Mieter. Auch dieses Thema bewegt Viele. Etwa ein Jahr später gründet sich in Berlin das Bündnis »Zwangsräumung verhindern«.

Im Juni 2011 beteiligte sich die RAZ mit einem schriftlichen Diskussionsbeitrag am »Kongress für autonome Politik« in Köln. Die Vorbereitungsgruppe hatte unter dem Motto »Wir stehen dazu: Militanz« zu einer Debatte über Perspektiven militanter Praxen eingeladen.

300 Polizisten knipsen die „Revolutionären Zellen“ aus

Sie sollen Anschläge auf Jobcenter und ein Amtsgericht verübt haben

Sie nennen sich „Revolutionäre Aktionszellen“ und wollen den Staat bekämpfen. Gestern schlugen die Behörden zurück. 300 Polizisten durchkämmten in einer bundesweiten Razzia Wohnungen und Räume der Tatverdächtigen. Das Ausmaß der linksmotivierten Gewalt in der Hauptstadt hatte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe auf den Plan gerufen. „Am Mittwochmorgen wurden insgesamt 21 Räumlichkeiten durchsucht, darunter die Wohnungen von neun Beschuldigten“, so eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft.

In Berlin suchten die Beamten unter anderem in der JVA Hakenfelde. Dort sitzt Oliver R. (40), der seit 2011 seine dreieinhalbjährige Haftstrafe verbüßt. Der Linksextremist ist ehemaliges Mitglied der „militanten gruppe“ und soll zusammen mit zwei Komplizen 2007 drei Lastwagen der Bundeswehr in Brand gesteckt haben. Seine Spuren führten die Ermittler gestern auch in eine Buchhandlung in der Rosastraße (Mitte). Ein Ermittler zur „BZ“: „Ansonsten wurden in Berlin hauptsächlich Wohnungen aus dem Umfeld der Beschuldigten durchsucht.“

Die Drahtzieher kommen vor allem aus Magdeburg und zum Teil aus Stuttgart. Alle neun Hauptverdächtigen sollen ehemalige Mitglieder der „militanten gruppe“ sein, die bereits zerschlagen wurde. Im Dezember 2009 ist daraus vermutlich die „Revolutionäre Aktionszelle“ (RAZ) entstanden. Die gewaltbereite Gruppierung soll Brand- und Sprengstoffanschläge auf das Amtsgericht Wedding, das Weddinger Jobcenter in der Müllerstraße, das Haus der Wirtschaft und das Bundeshaus (beides Charlottenburg) sowie das Amt für Stadtentwicklung in Mitte verübt haben. Außerdem sollen sie Pistolenpatronen zum Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geschickt haben, mit dem Text: „Die nächsten kommen per Express.“

„Ziel der Durchsuchungen ist es, Beweismaterial zur Struktur der RAZ sowie zu den Straftaten zu gewinnen, zu denen sich die Vereinigung bekannt hat“, so die Sprecherin der Bundesanwaltschaft. Wie die Erfolgsquote war, dazu wollte sich die Bundesanwaltschaft vorerst nicht äußern. LKV

RAZ-Mitglied Oliver R. (40)

Spezialkräfte der Polizei suchen in Magdeburg Beweise gegen die Drahtzieher

Ein Anschlagsziel: Das Jobcenter in Lichtenberg (Mai 2013)

Der Brandanschlag auf das Amtsgericht Wedding (April 2011)

Eine Spur der „RAZ“ führt nach Magdeburg

Großeinsatz gegen mutmaßliches Mitglied der linksextremen „Revolutionären Aktionszellen“

Die Bundesanwaltschaft hat gestern eine Wohnung und einen linksautonomen Szenetreff in Magdeburg nach Beweisen gegen ein mutmaßliches Mitglied der „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ) durchsuchen lassen. Der Mann soll mit acht weiteren Extremisten Brand- bzw. Sprengstoffanschläge in Berlin verübt haben.

Von Matthias Fricke

Magdeburg • Ein Bluthochdruckkreist um frühen Mittwochmorgen tief über dem Magdeburger Stadtteil Stadtfeld. Vermummte Beamte laufen mit einem Sprengstoffspürhund in das unscheinbare Haus, in dem sich im Erdgeschoss ein linker Szene-Treffpunkt befindet. Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) und ein Oberstaatsanwalt der Bundesanwaltschaft führen die Ermittlungen vor Ort. Es besteht der Verdacht der Bildung

Staat sucht die Revolution

RAZZIEN Ermittler durchsuchen in mehreren Bundesländern Wohnungen mutmaßlicher Linksextremisten, die in Berlin Anschläge verübt haben sollen

BERLIN *dpa/taz* | Die Bundesanwaltschaft hat am Mittwoch unter anderem in Berlin, Magdeburg und Stuttgart Wohnungen mutmaßlicher Linksextremisten durchsuchen lassen. Die neun Verdächtigen sollen eine kriminelle Vereinigung aufgebaut und mindestens im Zeitraum von 2009 bis 2011 mehrere Brandanschläge verübt haben. Dabei war niemand verletzt worden. Die Gruppe soll unter dem Namen „Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ) aufgetreten sein. Am Morgen durchsuchte das Bundeskriminalamt 21 Wohnungen und andere Räume der Beschuldigten sowie ihres Umfelds. Rund 300 Polizisten sollen im Einsatz gewesen sein.

Die „Revolutionären Aktionszellen“ sind nach Angaben der Ermittler aus der Vereinigung „militante gruppe“ hervorgegangen. Auf ihr Konto sollen Brand- und Sprengstoffanschläge unter anderem auf das Amtsgericht und ein Jobcenter der Agentur für Arbeit in Berlin-Wedding gehen sowie auf das Haus der Wirtschaft in Berlin-Charlottenburg, das Amt für Stadtentwicklung und ein von Bundeseinrichtungen genutztes Haus. Zudem habe sich die RAZ dazu bekannt, im März 2011 Pistolenpatronen unter anderem an den Bundesinnenminister geschickt zu haben – mit einer Ankündigung, die Geschosse künftig „per Express“ zuzustellen.

Ermittler hatten jahrelang erfolglos nach der Gruppe gefahndet. Die Bundesanwaltschaft zog die Ermittlungen an sich, da Verdacht auf „Bildung einer linksextremistisch motivierten kriminellen Vereinigung“ bestehe.

› Der Tag SEITE 2
› Meinung + Diskussion SEITE 12

Aus der Geschichte lernen heißt siegen lernen! Was lehrt uns das Magdeburger 129a-Verfahren gegen Marco,Daniel, Carsten und andere?

Text aus dem damaligen Verfahren

Der folgende Beitrag hat das Ziel, einen kurzen Überblick über das vergangene §129a Verfahren in Magdeburg zu geben und aus den gemachten Erfahrungen allgemeine Schlüsse zu ziehen. Durch eine Auseinandersetzung mit bereits gemachten Erfahrungen können wir diese verkollektivieren und uns auf kommende Repressionsschläge vorbereiten.Es ist eine absolute Notwendigkeit die Ereignisse in ihrer vielfältigen Form politisch zu werten. Rückblicke sind ein elementarer Bestandteil für die Weiterentwicklung einer revolutionären Perspektive.

Magdeburg wurde in den Jahren von 2002 bis 2006 zu einem Angriffsprojekt der staatlichen Repressionsbehörden. Am 1. September 2002 wurde das letzte besetzte Haus, die Ulrike, geräumt und knapp 3 Monate später wurden zwei Aktivisten der Magdeburger Linken, Marco und Daniel, verhaftet. 5 Monate später folgte die Verhaftung von Carsten. Legitimiert wurden die Verhaftungen durch den Vorwand der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§129a).

Um zu verstehen, warum der Staat so ein großes Interesse an der Zerschlagung der politischen Linken Magdeburgs hatte, müssen wir bis ins Jahr 2000 zurückblicken. Diese Zeitspanne stellt den Rahmen des 129a Verfahrens dar.
Im Jahr 2000 wurde in der Großen Diesdorfer Straße 15 die Ulrike besetzt mit dem Anspruch, der sozialen Vernichtungs- und Isolierungspolitik des Staates und der faschistischen Normalität eine notwendige Antwort zu geben. Etwa zur gleichen Zeit gründeten einige Aktivisten aus den selben Beweggründen den Autonomen Zusammenschlusz (AZ), welcher knapp 3 Jahre später zur Keimzelle einer terroristischen Vereinigung erklärt werden sollte. Der Ansatz des AZ war es, Teilbereichskämpfe zu vereinen. Praktische Aktivitäten waren unter anderem Antifa Kiezspaziergänge und antikapitalistische Aktionen. Schon im Jahr 2001 galt laut VS-Bericht der AZ als die aktivste Gruppe in Sachsen Anhalt. Die Dynamik des linken Aufbruchs war ganz klar auch an eine kontinuierliche

militante Praxis gekoppelt. So gab es stetig vielfältige Aktionen , von Sprüh- und Farbaktionen bis Angriffe auf

Nazistrukturen und staatliche Institutionen. Mitte 2001 wandelte sich die militante Praxis zu einer militanten Politik. Ausdruck fand diese militante Politik durch Anschläge von militanten Gruppen, welche sich zu den Anschlägen bekannten und sich an der zeitgleich stattgefundenen Militanzkampagne beteiligten.

Anschläge

21.August 2011: Brandanschlag der *„Revolutionären Aktion Carlo Guilliani“* auf ein Mercedes Autohaus in MD

17.Februar 2002: Brandanschlag des *„Kommando globaler Widerstand“* auf zwei Fahrzeuge der Deutschen Telekom

18.März 2002: Angriff auf das LKA, versuchter Brandanschlag auf BGS Fahrzeuge

Die Anschläge waren nicht die einzigen in Magdeburg, aber sie wurden von Gruppen getragen, die kontinuierlich auf einem höheren Level agieren wollten und andererseits den Aufbau und Festigung militanter Politik vorantreiben wollten, was an der aktiven Beteiligung an der Militanzdebatte deutlich wird.
Durch einen gefundenen Fingerabdruck auf einem Postpaket unter dem BGS Fahrzeug, welcher am 18.März 2002 abgefackelt werden sollte, hatte das BKA einen ersten Ansatzpunkt für einen politischen Angriff auf den Organisierungsprozess eines sich neu formierenden militanten Widerstands gefunden. Es folgte eine monatelange Überwachung der gesamten Magdeburger Szene und eine kontinuierliche Einschüchterungspolitik der Bullen. So legten die Bullen beispielsweise eine aggressivere Haltung bei Demos an den Tag und versuchten mehrere Anquatschversuche.
Der erste staatliche Repressionsschlag erfolgte mit der Räumung der Ulrike am 1.September 2002. Das Haus selbst wurde circa 24 Stunden lang durchsucht und ließ bereits erahnen, dass es um mehr geht als die alleinige Räumung. Parallel zur Räumung begann eine mediale Hetze gegen die linke Szene. Diese Isolierung und Denunziation von und durch den Medien steht im Zusammenhang mit dem Verfahren und diente der Vorbereitung der folgenden Repressionsoffensive.

Es folgte am 27. Dezember 2002 die Festnahme von Marco und Daniel unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereiningung. Mit der Verhaftungen wurden 4 Wohnungen in Quedlinburg, Magdeburg und Berlin ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl durchsucht. Begründet wurde dies mit angeblicher Fluchtgefahr.

Als Ausgangspunkt der *„terroristischen Vereinigung“* wurde der Autonome Zusammenschlusz konstruiert, da er radikale Positionen vertrat und zudem die Verhafteten im AZ aktiv waren. Am 1.April 2003 kam es zu weiteren 11 Hausdurchsuchungen bei weiteren 6 Beschuldigten. Dabei hat ein Beschuldigter durch Erpressung und hohe Repressionsandrohungen Aussagen gemacht, welche jedoch nicht im Verfahren verwendet werden durften. Nichts desto trotz reichte die Aussage, dass Carsten militanten Aktionen nicht abgeneigt gegenübersteht aus, um diesen am 16.April zu verhaften.
Mitte 2003 startete der Prozess gegen Marco, Daniel und Carsten vor dem OLG Naumburg. Im Laufe der Verfahrens wurde der §129a fallengelassen aufgrund einer gefundenen Auflösungserklärung besagter militanter Gruppen. Es folgte einer Verurteilung von Marco und Daniel zu 2 ½ bzw. 2 Jahren. Carsten wurde aufgrund fehlender Indizien freigesprochen.

Revisionsverfahren

Ende 2004 wurde den Revisionsanträgen der Verteidigung stattgegeben. Im Revisionsverfahren von Marco und Daniel wurden beide Verfahren jedoch voneinander getrennt. Bei Marco ging es nur um die Höhe des Strafmaßes, welches bestätigt wurde. Bei Daniel wurde das Verfahren komplett neu aufgerollt. Durch die Trennung des Verfahrens wurde es möglich, dass Marco als Zeuge bei Daniel geladen werden konnte. Im Zuge dieser Neuverhandlung gab es in Magdeburg eine intensive Auseinandersetzung um Aussageverweigerung und es bildete sich ein Aussageverweigerungskollektiv von 11 Menschen. Diese fassten gemeinsam den Entschluss, die Aussage mit allen Konsequenzen zu verweigern.
Am 26. April 2005 wurde Marco als erster Zeuge geladen. Er verlas die Erklärung des ZeugInnenkollektivs und bekam unbefristete Beugehaft und 500 € Ordnungsgeld für das Verlesen der Erklärung. Am 16. Juni ging auch Carsten in Beugehaft. Alle weiteren Zeugen konnten ohne Konsequenzen die Aussage verweigern. Dies zeigt, dass politische

Entscheidungen auch in Prozessen durch Kollektivität durchgesetzt werden können. Das ZeugInnenkollektiv konnte den nötigen Druck aufbauen, der das Gericht dazu zwang von den meisten ZeugInnen die Finger zu lassen.

Am Ende des Prozesses wurde Daniel am 15.Dezember 2005 zu 2 Jahren verurteilt. Das besondere war diesmal, dass der Senat nicht nur das vorangegangene Urteil bestätigte, sondern Daniel als Einzelperson nach §129a verurteilt wurde.

Solidarität als Waffe

Parallel zu den Verhaftungen gründete sich die Soligruppe Magdeburg/Quedlinburg. Schwerpunkt der Soligruppe war die Gefangenenbetreuung, die Öffentlichkeitsarbeit und die politische Auseinandersetzung mit der Repression vor Ort. Es gab bundesweit flächendeckend Soliveranstaltungen, zahlreiche Post an die Gefangenen und Spenden. Zudem zeigten sich auch Gruppen aus der Militanzdebatte solidarisch und reagierten ebenfalls mit Soliaktionen.

Ergebnis der Soliarbeit war eine gute Prozessbegleitung und durch die Öffentlichkeitsarbeit eine Demonstration in Magdeburg. An dieser beteiligten sich über 70 Gruppen und 2500 Menschen.

Die Magdeburger Strukturen waren aufgrund des §129a Verfahrens jedoch 3 Jahre lang nur mit Soliarbeit beschäftigt. Die Folgen zeigten sich nach dem Verfahren: Die bestehenden Strukturen waren deutlich geschwächt und im Rahmen der Aufarbeitung der Geschehnisse kam es zu Spaltungen.

Fazit

Aus den gemachten Erfahrungen des Repressionsschlages gegen die Magdeburger Linke lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

1. Legale Gruppen können nur begrenzt revolutionäre Positionen verbreitern.

Eine direkte Bezugnahme oder propagandistische Unterstützung militanter / bewaffneter Politik und

Gruppen führt zwangsläufig zur Kriminalisierung (dies gilt für Gruppen, die praktischer Bestandteil eines revolutionären oder Widerstandsprozesses sind, sowie an Bedeutung erlangen – für Theoriezirkel trifft dies wohl nicht zu). Zur Absicherung von Basisprozessen ist es sinnvoll entweder sich in seinen Positionen zu mäßigen oder eine andere Form der Organisierung (klandestin) zu entwickeln, die diese Funktionen (Vermittlungsebene) umsetzt.

2. Repression hat immer eine radikalisierende und eine entradikalisierende Wirkung auf Aktivistinnen der angegriffenen Strukturen und deren Umfeld.
Welche überwiegt hängt maßgeblich am Entwicklungsstand und politischer Festigung der Strukturen ab. So kann Repression Strukturen und Basisprozesse komplett zerstören oder zurückwerfen, oder sie kann im Gegenteil einen Ausbau und Festigungsprozess an Organisiertheit vorantreiben. Hier kommt den militanten Gruppen eine hohe Verantwortung zu. Ihrer Praxis muss eine Analyse der Strukturen vor Ort vorausgehen, die den Stand der Basis berücksichtigt.
Welcher Grad an militanter Praxis ist für die Basis tragbar? Was bringt voran, was unter- stützt den revolutionären Aufbauprozess?

3. Kollektivität ist die Grundlage zur Durchsetzung und Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses, sowie im Abwehrkampf gegen Angriffe des Staates und seinen Handlangern.
Am Beispiel Magdeburg hat sich gezeigt, dass kollektive politische Entscheidungen und ein entsprechendes kollektives Vorgehen einen Druck aufbauen, der den Verlauf eines Verfahrens und Prozesses beeinflussen kann. An diesen Erfahrungen muss angeknüpft werden. Kollektivität istdie Grundlage, um gestärkt aus solchen Angriffen herauszugehen. Die vorangegangenen Punkte sind sicherlich nicht ausgereift und vollständig, das sollen sie auch nicht. Es sind Ansätze, die weiterentwickelt werden müssen. Dies kaml nicht allein unsere
Aufgabe sein. Sie richten sich an die revolutionäre/radikale Linke, die sich in einen revolutionären Aufbauprozess einreiht. Wir hoffen, dass darüber in euren Zusammenhängen diskutiert wird, diese Ansätze in Organisierungsprozesse mit einfließen.

Der Kampf gegen staatliche Angriffe kann nicht länger erst Aufgabe der Linken werden, wenn der Staat angreift.
Diese Angriffe bestimmen sich schon in der Entwicklung und Organisierung von politischen Gruppen. Es ist deshalb eine unumgängliche Notwendigkeit, dass der Kampf gegen Repression fester Bestandteil jeder revolutionären Initiative wird.

War starts here Camp 2013- Eine Zusammenfassung

Deutschland führt Krieg. Die Bundeswehr ist in 13 Ländern stationiert und beteiligt sich bisher mit rund 7000 Soldaten an Kriegs-einsätzen auf der ganzen Welt. Von der einst gegründeten "Verteidigungsarmee" ist schon lange nichts mehr zu sehen. Durch die funktionale Neubestimmung der Bundeswehr zu einer sogenannten Interventionsarmee in Krisengebieten im Rahmen der NATO, wurde der Bundeswehr der Weg ins Ausland geebnet und ihre Kriegseinsätze legitimiert. Durch den erhöhten Konkurrenzkampf der Weltmächte um neue Absatzmärkte und Rohstoff-quellen sieht sich die BRD gezwungen, ihr Einsatzgebiet zu erweitern um weiterhin ihre Rolle in der imperialistischen Weltpolitik behaupten zu können. Durch die wachsende Teilnahme an Militär-einsätzen der NATO, EU und UN will die Bundesregierung ihre Macht-ansprüche sichern.

Die Tatsache, dass die BRD auf Platz drei der Rüstungsexporteure weltweit liegt, zeigt, dass deutsche Unternehmen maßgeblich an Kriegen profitieren und daher auch ein Interesse daran haben, diese voran zu treiben. Das Exportvolumen betrug allein im Jahr 2011 5,4 Milliarden Euro.

Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark, nördlich von Magdeburg, ist der modernste Truppenübungsplatz Europas. Auf dem 232 km² großem Gelände wird Krieg vorbereitet und geübt. Alle Soldaten, bei denen ein Auslandseinsatz unmittelbar bevorsteht, müssen sich auf dem GÜZ einem 14-tägigen Kampftraining unterziehen. In nachgebauten kosovarischen und afghanischen Dörfern werden Kriegsszenarien unter möglichst realistischen Bedingungen mittels Rauchbomben, Soundeffekten, Kunstblut und SchauspielerInnen nachgestellt. Mit Hilfe eines hoch-entwickelten, lasersimulierten Waffensystems werden Übungen überwacht, analysiert und ausgewertet.

Auf dem Gelände des GÜZ entsteht seit Herbst 2012 die militärische Übungsstätte Schnöggersburg. Auf über 6 km² soll ein urbanes Gebiet gebaut werden, auf welchem ab 2017 1500 Soldaten der Bundeswehr und anderer NATO-Truppen

gleichzeitig trainieren können.

Schnöggersburg ist ein militärisches Prestigeobjekt, das in seinen Dimensionen europaweit einmalig ist. Über 100 Millionen Euro sind dafür vorgesehen. Mit Schnöggersburg entsteht eine Stadt, welche sich in der ganzen Welt befinden könnte. So werden verschiedene Stadtteile mit insgesamt 520 Gebäuden nachgebaut, darunter eine Hochhaus-siedlung, ein Industrie-gebiet, eine Altstadt, ein Regierungsviertel und ein Elendsviertel. Auch wird unter anderem ein U-Bahn System, ein Krankenhaus, eine Kanali-
sation, eine Stadtautobahn, ein Flughafen, ein 22 meter breiter Fluss, sowie ein Fußballstadion Bestandteil der Geister-stadt sein.
Durch den Städtebau soll das Training urbaner Kampfhandlungen der Aufstandsbekämpfung optimiert werden. Die militärische Begründung lautet: Konflikte spielen sich zukünftig in Städten ab und zwar weltweit. Der Schwerpunkt soll demnach in Zukunft in den Städte- und Häuserkampf in urbanen Zentren gelegt werden. Im NATO Strategie-papier "Urban Operation 2020" steht, dass das Militär für den Städtekampf einsatzfähig gemacht werden soll, um Unruhen zu bekämpfen und soziale Aufstände effektiv niederzuschlagen.

Aber am GÜZ in der Altmark bei Magdeburg regte sich erneut Widerstand, unter dem Motto -War Starts Here- Lets Stop It Here!

Am Sonntag, dem 21.07.2013, starteten Antimilitarist*innen und Kriegsgegner*innen bereits zum zweiten Mal das internationale Diskussions- und Aktionscamp "War
Starts Here" gegen Krieg und Militarisierung. Ihr Protest richtete sich auch in diesem Jahr konkret gegen das Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide.

Schon im letzten Jahr war die Gelegenheit, sich international auszutauschen und am Aktionstag ein deutliches Zeichen gegen die Normalisierung von Krieg und die

Die Anschläge auf die Bundeswehr werden immer gewalttätiger. Unsere Bilder zeigen zerstörte Fahrzeuge in deutschen Kasernen. In Havelberg brannten Ende Juli 16 Fahrzeuge aus.

zunehmende Militarisierung zu setzen - sowohl inhaltlich als auch praktisch.

Es kam zu vielfältigen Aktionen auf und um das GÜZ innerhalb der kompletten Woche. Angefangen bei Kundgebungen in Letzlingen, Haldensleben und Dolle, über Konzerte und Fahrradtouren in militärischen Sperrzonen, gelang es hunderten Antimilitarist*innen Infrastruktur auf dem GÜZ Gelände zu markieren und zu sabotieren (Zug für Waffenlieferungen, Gleisbetten, Schilder, Übungsdörfer, ect.). Dies gelang trotz Großeinsatz der Polizei, Bundespolizei und Feldjägern. Mehr oder weniger überraschend, wurden in Kontrollposten einer Übungskaserne der Bundeswehr neben Zeitungsartikeln über das GÜZ selbst gemalte faschistische Symbole entdeckt, welche ebenfalls markiert und unbrauchbar gemacht wurden.

Das erwartete repressive Verhalten seitens Polizei und Bundeswehr äußerte sich in schikanösen Verkehrskontrollen, dem erfolglosen Versuch, Protestaktionen sämtlicher Art durch eine Allgemeinverfügung rund ums GÜZ präventiv zu unterbinden, durch stundenlanges festsetzen der Aktivist*innen in Gefangenentransportern und/ oder auf dem Gelände.

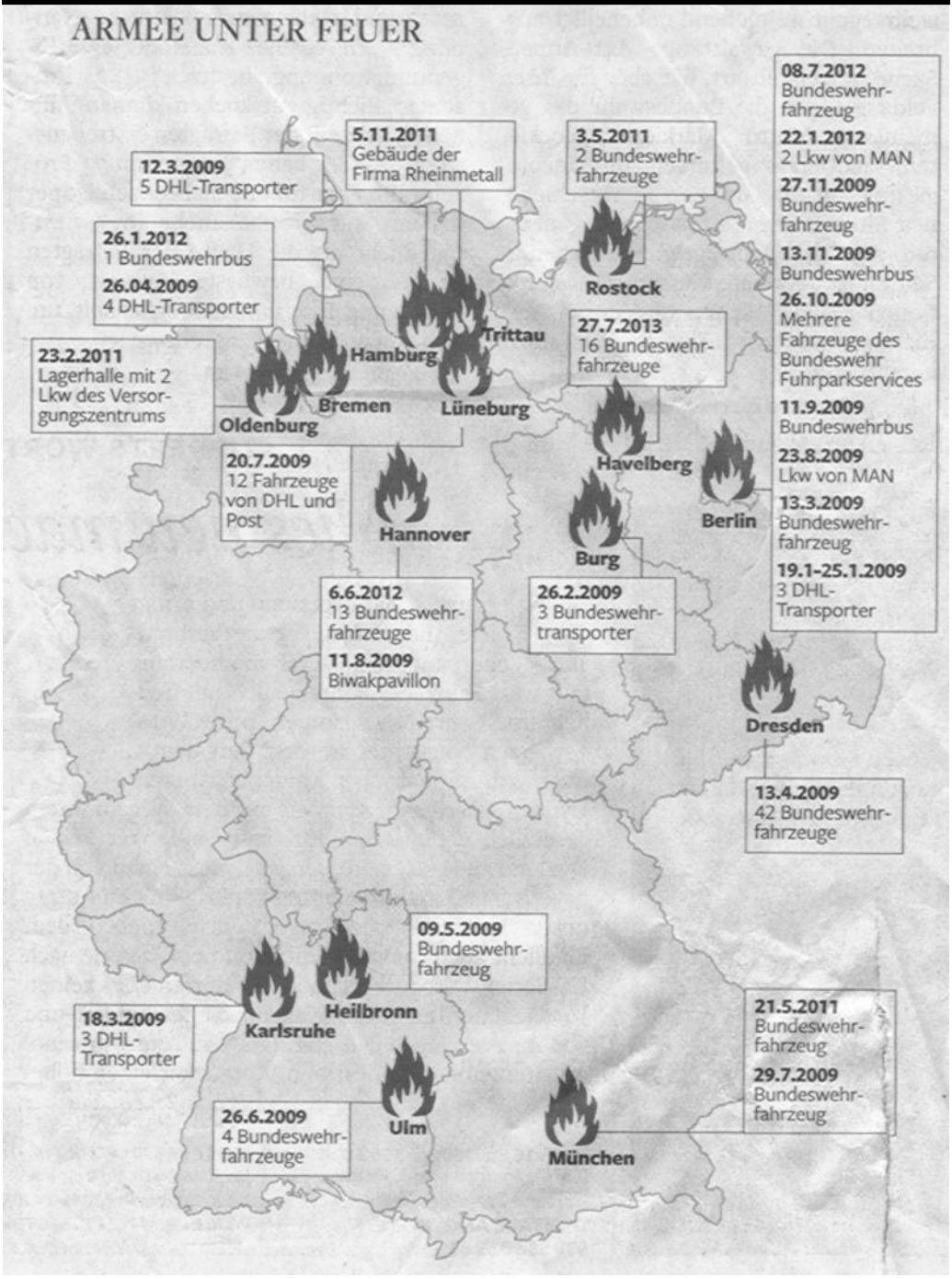
Am Morgen des Aktionstages, gab es eine Abrüstungsaktion von 16 Bundeswehrfahrzeugen in Havelberg. Zügig wurde eine Verbindung zum Antimilitaristischen Camp gezogen. Der scheinbar große Ermittlungsdruck der Behörden veranlasste die Beschlagnahmung eines Autos, welches sich auf dem Gelände des Camps befand. Der Besitzer des gesuchten und (nach anwaltlicher Verhandlung) abgeschleppten Autos, hätte an einem gewaltfreien Protest- Konzert mit der Band "Lebenslaute" auf dem Gelände teilgenommen und findet den Versuch der Kriminalisierung einfach nur plump.

Abschließend war das "War Starts Here Camp" ein Erfolg. Es bleibt weiterhin zu sagen:

Was hier sabotiert wird, kann woanders auf der Welt keinen Schaden anrichten!

GÜZ, Militarisierung und Kriegsführung markieren, blockieren, sabotieren!

KRIEG BEGINNT HIER!



Protestcamp und Hungerstreik von Flüchtlingen in Sachsen-Anhalt

Refugee Protest Bitterfeld

Seit Anfang August haben sich Flüchtlinge aus den Gemeinschaftsunterkünften Friedersdorf und Marke in einem Protestcamp in Bitterfeld (Landkreis Anhalt-Bitterfeld) zusammen gefunden und fordern Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation. Bereits seit längerem hatten Bewohner_innen des Lagers Friedersdorf dortige Zustände kritisiert und ihren Protest gegen Sammelunterkünfte deutlich gemacht. Teilweise wurde das Leitungspersonal nicht in das Lager gelassen, teilweise wurde demonstriert. Bisher ist seitens des Landkreises nichts passiert.

Nun befinden sich seit über zwei Wochen mehrere Flüchtlinge im Hungerstreik. Auf der letzten Pressekonferenz im Protestcamp Bitterfeld wurde bekannt, dass es vorerst kein Gesprächsangebot vom Landrat an die Protestierenden gibt. Die Begründung: Nicht alle Kritikpunkte liegen im Bereich des Landgesetzes bzw. der Entscheidungsmacht der Landesregierung. Jedoch die Unterbringung von Flüchtlingen, Sozialleistungen, medizinische Versorgung d.h. Überweisung zum Facharzt und Therapien, Arbeitserlaubnisse, Erteilung der Verlassenserlaubnis zur Reise in andere Bundesländer sowie Abschiebungsanordnungen werden in der zuständigen Ausländerbehörde bzw. in dem zuständigen Sozialamt des Landkreises Anhalt-Bitterfeld entschieden. Und dies in fast jedem Falle zu Ungunsten der betroffenen Personen. Punkte wie, ein praktizierbares Bleiberecht mit realistischen Kriterien, eine grenzübergreifende Abschaffung der Residenzpflicht und die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes obliegen dem Bundesrat.

In einer Erklärung der hungerstreikenden Flüchtlinge werden ihre Forderungen klar benannt:

Unser Kampf steht im Zusammenhang mit den bundesweit stattfindenden

Flüchtlingsprotesten in Deutschland. Unsere Forderungen verbinden unseren Kampf zu einem lauten Aufschrei!

Anerkennung der Asylgründe und ein Bleiberecht!

Abschaffung der Residenzpflicht!

Abschaffung der Lager! Freie Wahl des Wohnortes und der Wohnung!

Das Recht zur Arbeit und Lernen (Sprache, Berufsausbildung?)

Sofortiger universeller Abschiebestopp!

Der Hungerstreik wird andauern, bis es endlich jemand gibt der sich Verantwortlich fühlt für uns und unsere Forderungen. Um den Hungerstreik zu beenden, fordern wir daher die verantwortlichen Behörden auf, über unsere folgenden Forderungen zu entscheiden, oder zu verhandeln!

Wir wollen endlich eine reelle Chance auf eine Arbeitserlaubnis! Wir haben offiziell das Recht auf eine Arbeitserlaubnis im Landkreis Anhalt-Bitterfeld, da wir die Voraussetzungen dafür erfüllen, doch die Ausländerbehörde verweigert uns diese. Wir wollen eine Chance auf Teilnahme an einem Deutschsprachkurs! Wir fordern die Verantwortlichen auf, einen Weg der Finanzierung des Kurses zu ermöglichen!

Wir sind alle schon einige Jahre in Deutschland und wollen endlich die Möglichkeit uns in der Gesellschaft verständlich zu machen, um mit den Menschen in unseren Wohnorten in den Dialog treten zu können. Wir wollen, dass das Thema der Unterbringung von Flüchtlingen lösungsorientiert diskutiert und behandelt wird! Wir wollen Zusicherungen auf reale Veränderungen! Wir lassen uns nicht abspeisen mit der angeblichen

Hausdurchsuch

Hausdurchsuchung. was tun?

Versuche möglichst ruhig zu bleiben! **Sofort und solange es noch geht, Freundinnen oder beim EA anrufen.** Diese sollen sich um Anwältinnen und Beobachterinnen kümmern.

Lass Dir den Durchsuchungsbeschluss zeigen und lies ihn möglichst ruhig und genau durch. Sage den Beamten, sie sollen solange warten.

- Auf welche Namen ist der Beschluss ausgestellt?
- Welche Räumlichkeiten sollen durchsucht werden?
- Wie lautet der Vorwurf bzw. der Verdacht?
- Stehen noch andere Namen auf dem Beschluss?
- Was soll gesucht werden?
- Gibt es einen Haftbefehl?

Bei »Gefahr im Verzug« gibt es keinen Durchsuchungsbeschluss.

Wenn du jetzt noch telefonieren kannst, dann gib diese Information weiter. **Auf jeden Fall hast du das Recht mit deiner Anwältin zu telefonieren.**

Widersprich der Durchsuchung und lass deinen Widerspruch protokollieren. Die Beamten und du sollten ihn unterschreiben. Durch den Widerspruch ist es den Beamten nicht erlaubt, schriftliche Aufzeichnungen (Tagebücher, Adressbücher, ...) durchzulesen, sie dürfen sie lediglich sichten. Die Papiere müssen versiegelt werden und nur eine Richterin oder ein Staatsanwalt dürfen sie lesen. Auch für ein späteres Verfahren ist der Widerspruch von Nutzen.

Durchsucht werden dürfen nur die Räume von der Person, auf die der Beschluss ausgestellt ist. Bei Eheleuten ist das schwierig, weil davon ausgegangen wird, dass sie die Räume der Partnerin oder des Partners jeweils mitbenutzen (trotzdem versuchen). Bei sogenannten eheähnlichen Lebensgemeinschaften versuchen sie das Konstrukt von Ehe. Die Annahme, du würdest die Räume deines Freundes oder deiner Freundin nutzen, ist eine Unterstellung.
Bei Wohn- und Hausgemeinschaften ist völlig klar, dass die Räume von Nicht-Beschuldigten nicht betreten werden dürfen. Durchsucht werden dürfen zusätzlich zu den Zimmern der/des Betroffenen nur Gemeinschaftsräume; wie Küche, Bad, Stube, Keller, Dachboden und Nebengebäude, wenn sie der WG zur Verfügung stehen und nicht vermietet sind. Kinderzimmer dürfen nicht durchsucht werden, sondern nur in Augenschein genommen werden. Nur bei offensichtlicher Mitbenutzung durch die oder den Beschuldigten nehmen sie sich das Recht, doch herumzuschnüffeln.
Es verlangt viel verbale Kraft, die Durchsuchung einzelner Räume zu verhindern, lohnt sich aber!

Die Unterstützerinnen

In der Vergangenheit hat es recht gut geklappt, verschiedene Menschen anzurufen und zu dem durchsuchten Haus zu schicken.

Die Personen, die diese Aufgabe wahrnehmen, sollten sich ein paar Dinge klarmachen:

- Für die Durchsuchten ist es angenehm mitzukriegen, dass sie nicht ganz allein sind. Das hebt das Gefühl von Ohnmacht und Hilflosigkeit ein wenig auf.
- Die Unterstützerinnen werden zumeist nicht in das Haus gelassen, manchmal nicht mal auf das Hofgelände/Grundstück. Zu Beginn einer Durchsuchung sind die Beamten selbst aufgeregt und erlauben gar nichts. Im Laufe der Zeit ändert sich das häufig, so dass es lohnt, immer wieder zu versuchen, an verschiedene Stellen reinzukommen.

WICHTIG: Meistens musst du deinen Personalausweis zeigen und deine Daten werden notiert

Alle, die draußen herumstehen, können und sollen der Polizei auf die Finger schauen. Es gilt zu beobachten, ob einzelne Durchsuchungstrupps ohne Zeuginnen in Nebengebäude gehen und ob womöglich irgendwo etwas »Mitgebrachtes« deponiert wird.

Auch die Unterstützerinnen sollten ein Gedächtnisprotokoll schreiben.

ung? Was TUN!

Die Beamten versuchen meist alle Räume gleichzeitig zu durchsuchen. **Bestehe darauf, dass du oder eine von dir bevollmächtigte Zeugin in jedem Raum dabei sein kann.** Die Durchsuchung also Raum für Raum stattfindet – womöglich haben sie ja etwas mitgebracht (Papiere, Wanzen, ...).
Das Anwesenheitsrecht hast du auf jeden Fall, auch wenn von der Polizei üblicherweise Mitarbeiterinnen der Stadt/Verwaltung als Zeuginnen mitgebracht werden. Wenn dir vertraute Beobachterinnen schon herbeigeeilt sind, kannst du sie auch als Zeuginnen benennen. Ebenso natürlich die Anwältin.

Wenn die Beamten Unterlagen, die du ständig brauchst, zur Beschlagnahme sichten, entsteht eine Situation, in der du abwägen kannst: Natürlich gilt bei der gesamten Durchsuchung der Grundsatz nicht mit den Herren und Damen zusammenzuarbeiten, aber wenn sie die Papiere lesen dürfen, lassen sie sie unter Umständen da.

Am Ende der Durchsuchung wird ein Durchsuchungsprotokoll geschrieben. Alles was sie mitnehmen, sollte möglichst genau (Titel, Farbe, Größe und Fundort) aufgelistet werden, damit nichts verwechselt oder hinzugefügt werden kann.
Auch wenn nichts mitgenommen wird, muss dies protokolliert werden. Wenn im Protokoll gestrichen wird, sollen Protokollantin und Zeugin die jeweiligen Stellen extra unterschreiben. Du jedoch nicht.
Aus dem Formular muss hervorgehen, dass du mit alldem nicht einverstanden bist und dass du eine richterliche Überprüfung der Durchsuchung beantragst.
Lies das Protokoll in Ruhe durch, damit du alles mitkriegst. Wenn du etwas nicht verstehst, frag nach.
Wenn etwas fehlt, verlange, dass es nachgetragen wird, z. B. tatsächlich durchsuchte Räume, beschlagnahmte Gegenstände, widerrechtlich Durchsuchtes, wie z. B. Zimmer anderer Personen, Firmenwagen o. ä. Es ist genügend Zeit, der Tag ist dir sowieso versaut.
Du wirst aufgefordert, das Protokoll zu unterschreiben, solltest es aber bleiben lassen. Im Gegensatz dazu muss der Einsatzleiter und Zeuge auf jeden Fall unterschreiben.
Durchschlag unbedingt aushändigen lassen!

Besonderheiten

- Solltest du während deiner Abwesenheit von einer Hausdurchsuchung bei dir erfahren, erkundige dich telefonisch bei Freundinnen oder zu Hause nach Tatvorwürfen und evtl. Haftbefehlen. Entscheide nach Beratung mit einer Anwältin, ob du nach Hause gehst.
- Es kann sein, dass du zu einer erkennungsdienstlichen Behandlung (ED) mitgenommen wirst. Wenn anwesend, Anwältin mitnehmen.
- Weder Beschuldigte noch Zeuginnen sollten zu diesem Zeitpunkt Aussagen machen oder Erklärungen abgeben.

Nach der Durchsuchung

Schreib möglichst bald ein eigenes Protokoll der Durchsuchung. Es sollte Zeiten, Ablauf, Wortwechsel enthalten. Liste die beschlagnahmten Sachen auf, wenn Erinnerungsergänzungen zu dem offiziellen Protokoll nötig sind. Schreibe in dein Gedächtnisprotokoll auch alle Besonderheiten und Abläufe, die dir merkwürdig vorgekommen sind oder Fragen aufwerfen.

Das alles soll nun fix zu einer Anwältin deines Vertrauens. Sie wird dich über weitere rechtliche Schritte informieren.

Wenn z. B. deine Tagebücher, Kalender und sonstige Unterlagen oder Dinge, die eindeutig jemand anderem gehören, mitgenommen wurden, überlege genau welche Daten und Informationen jetzt bei der Polizei sind und ob ggf. jemand darüber informiert werden sollte (nicht am Telefon!).

Wenn deine Wohnung durchsucht wird, kannst du davon ausgehen, dass vorher, zeitgleich und evtl. hinterher die Telefone abgehört werden. Über die Durchsuchung kann natürlich völlig offen geredet werden. Andere Informationen benötigen aber u. U. andere Wege.

Sollte der EA bis dahin noch nicht informiert sein, tue es jetzt.

Unterbringung in Wohngruppen, welche realistisch betrachtet für niemanden umsetzbar ist. Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Anhalt-Bitterfeld, welcher konkrete Verbesserungen und Veränderungen für alle Flüchtlinge möglich macht.

Am 19. Tag des Protestcamps und dem 13. Tag des Hungerstreiks, lud der amtierende Landrat Böddeker zu einer Pressekonferenz ein, um vor Vertreter_innen der Presse die neu geplante Unterbringung von Flüchtlingen in Wohngruppen vorzustellen. Explizit nicht eingeladen wurden die Aktivist_innen des Camps. Knapp 300 Meter vom Protestcamp entfernt erwartete uns eine unmöblierte Drei-Zimmer-Wohnung, die ab dem 1. September als "Flüchtlings-WG" dienen soll. Anders als in der lokalen Presse angekündigt, sollen neben dieser Wohnung nur zwei weitere für die Testphase eingerichtet werden statt wie angekündigt 80 Personen, werden hier nur ca. 10 Menschen unterkommen können. Welche der 340, in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten, Menschen das sein werden, bleibt unklar. Die Voraussetzungen zum Bezug der Wohnung sind widersprüchlich und willkürlich. Deutschkenntnissen und "WG-Tauglichkeit", nannte Böddeker unter anderem als Bedingung um eine Wohnung zu bekommen. Abschließend lies er verlauten, dass er nicht auf die Forderungen der hungerstreikenden Flüchtlinge eingehen werde und zeigte sich auch weiterhin nicht gesprächsbereit.

In einer weiteren Pressemitteilung der Flüchtlinge vom 24.08.2013 heißt es:

"Wir sind Hungerstreikende, die nur unsere Grundrechte verlangen.
Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht sich frei zu bewegen, und das Recht unseren Wohnsitz frei zu wählen.
? Erst am 22. August, nach 15 Tagen Hungerstreik war Frau Möbeck (Integrationsbeauftragte) in unserem Protestcamp. Mehr als 2 Stunden haben wir zusammen gesprochen. Es solle nächste Donnerstag also ab 12 Uhr ein Treffen geben, wo Arbeitsgruppen mit den verschiedenen verantwortlichen des Landkreises Bitterfeld entstehen.
Wir setzen deshalb unser Hungerstreik als politischen Akt und als Geste zu den Verantwortlichen bis zum Donnerstag aus. Wenn bei dem Treffen aber nichts rauskommt, werden wir es fortsetzen. Lieber sterben wir im Protest als wieder im Flüchtlingsheim langsam."

Contact:
refugeeprotestbtf.blogsport.de/
www.facebook.com/RefugeeProtestBitterfeld
TEL:015121906202
E-Mail: refugeeprotestbtf@gmail.com

Hausdurchsuchungen und Naziterror in Burg!

Antifaschistische Aktion Burg [AAB]

In der Woche vom 08. – 14. Juli 2013 kam es in Burg zu mehreren willkürlichen Hausdurchsuchungen gegen regionale AntifaschistInnen und erneut versuchten Neonazis in der Stadt andersdenkende Menschen anzugreifen. Folgend wollen wir darum mit einem Informationsbeitrag genauer auf die Durchsuchungen und den Naziterror eingehen und rufen zu folgenden Maßnahmen auf:

Räumt eure Wohnungen auf und macht keine Aussagen bei der Polizei oder Justiz!
Lasst euch nicht von der Polizei provozieren und meldet uns Polizeikontrollen!
Teilt uns mit, wo sich Nazis aufhalten und notiert euch deren Autokennzeichen!
Informiert euch über den antifaschistischen Selbstschutz und bringt euch mit ein!

Was sich in den letzten Tagen in Burg, einer Stadt mit gerade einmal 23.000 Einwohnern in Sachsen-Anhalt an staatlicher Willkür abspielte ist kaum zu überbieten. So stellte am Mittwoch, den 10. Juli 2013 der Innenminister, Holger Stahlknecht (CDU) den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 vor und erklärte, dass die Zahl der gewaltbereiten Neonazis im Bundesland weiter gestiegen ist und dass weiterhin die größte Gefahr von den Faschisten ausgeht. Gleichzeitig werden in Burg drei Wohnungen von AntifaschistInnen aufgebrochen, durchsucht und hauptsächlich private Gegenstände beschlagnahmt. Am darauffolgenden Tag, dem 11. Juli 2013 versuchen dann etwa 15 Neonazis, wahrscheinlich ermutigt durch die Hausdurchsuchungen, gegen 22:00 Uhr Antifas in der Stadt anzugreifen. Über die ganzen Tage hinweg ist außerdem in Burg ein massives Polizeiaufgebot vertreten, es werden zum Teil willkürliche Personenkontrollen durchführt.

Hausdurchsuchungen? Nicht das erste Mal!

Schon im März 2011 kam es zu einer Hausdurchsuchung bei zwei

Antifaschisten in Burg. Damals drangen gegen 03:00 Uhr etwa 20 Polizeibeamt_innen in voller Kampfmontur in das Wohnhaus ein, beschädigten dabei die Haustür und durchsuchten die Räumlichkeiten. Als Anlass der Durchsuchung wurde eine angebliche Auseinandersetzung mit einer Gruppe Neonazis wenige Stunden vorher in der Stadt angegeben. Dass diese Durchsuchung nur sieben Tage vor einer antifaschistischen Demonstration, an der schließlich etwa 350 Menschen teilnahmen, stattfand und hauptsächlich Mobilisierungsmaterial für die Demo beschlagnahmt wurde, war dabei nicht überraschend. Dass die erneuten Durchsuchungen in einer Zeit stattfinden, wo AntifaschistInnen eine Sommer-Kampagne gegen die Nazistrukturen im Landkreis organisieren, wird wohl auch kein Zufall sein.

Hausdurchsuchungen am 10. Juli 2013!

Gegen 08:00 Uhr drangen Polizeibeamt_innen aus Burg mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei aus Magdeburg in drei Wohnungen von bekannten AntifaschistInnen aus der Stadt ein. Dabei brachen sie die Eingangstüren auf und nannten als Grund für diese Maßnahme einen Angriff auf das Polizeirevier in Burg vom 04. April 2013. Während den mehrstündigen Durchsuchungen wurden hauptsächlich private Gegenstände beschlagnahmt und ein sogenannter Windhund wurde dem Besitzer von der Polizei, mit der Begründung, der Hund sei abgemagert, weggenommen . Dass diese Hunderasse generell einen schlanken Körperbau hat, interessierte die Polizei dabei nicht.

Polizei macht Weg frei für Neonazis!

Wohl ermutigt durch die polizeilichen Hausdurchsuchungen kam es am darauffolgenden Tag, dem 11. Juli 2013 gegen 19:00 Uhr zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen den zwei Stadtbekannten Neonazis Susanne K. und Bianka S. und einigen AntifaschistInnen. Dabei bedrohten die Neonazis die Antifas, diese ließen sich aber nicht von den beiden einschüchtern. Daraufhin, wohl frustriert das die Einschüchterungen nicht wirkten, organisierten die beiden Neonazis mehrere Faschisten aus Magdeburg und der Region in und um Möckern nach Burg. Gegen 22:00 Uhr

lauerten die, etwa 15 Personen, wieder Antifas in der Stadt auf und versuchten diese bewaffnet anzugreifen. Nachdem der Angriff fehlschlug, flüchteten die Angreifer mit Autos zur Shell-Tankstelle in Burg und konnten dort wenig später gestellt werden.

Wer waren die Angreifer vom 11. Juli 2013?

Einen Großteil der Neonazis, die an dem versuchten Angriff beteiligt waren, können den sogenannten „Freien Kräften Magdeburg/Schönebeck“ zugerechnet werden. Diese bestehen hauptsächlich aus schlecht organisierten Faschisten, sowie Nazi-Hools. Dass genau diese nach Burg kamen kommt dabei nicht von ungefähr. So sind die beiden Burger Neonazis, Susanne K. und Bianka S. in der letzten Zeit immer wieder auf Neonaziaufmärschen hinter dem Banner dieser Neonazigruppe gelaufen und es bestehen enge, zum Teil freundschaftliche Kontakte untereinander. Des Weiteren versucht sich Susanne K., die schon Führungsperson der nach antifaschistischen Aktionen aufgelösten „Aktionsgruppe Burg“ war, in dieser Neonazigruppe einen Namen zu machen. Dass sich fast keine Neonazis aus Burg selber an dem versuchten Angriff beteiligten, ist dabei erstaunlich und zeigt erneut ihre derzeitige personelle und organisatorische Schwäche.

Antifaschistische Sommerkampagne durchführen!

Die richtige Konsequenz aus der

derzeitigen staatlichen Repression und dem aktuellen Naziterror kann nur die weitere Durchführung unserer antifaschistischen Kampagne „Nazistrukturen im Jerichower Land aufdecken und zerschlagen!“ sein. Gerade nach den Ereignissen der letzten Tage gilt es umso mehr einen wirkungsvollen antifaschistischen Selbstschutz zu organisieren, der erfolgreich gegen die Nazistrukturen vorgeht und darüber hinaus eine linke und klassenkämpferische Politik, die den Kampf gegen die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse auf die Tagesordnung setzt. Unterstützt uns dabei und zeigt Solidarität mit den von Repression betroffenen AntifaschistInnen.

Der Kampf gegen Nazis, Staat und Kapital ist notwendig!
Keine Kriminalisierung linker Politik in Burg – Antifa heißt Angriff!

Ziviler Ungehorsam ?

Mit Oliver Wendenkampf und Roland Roth

Viel ist nicht mehr da – von jener Klasse, die einst antrat die Menschheit mit ihrer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu beglücken. Das was von der Bourgeoisie übrig blieb ist ihrer Paraodie – nicht, wenn es darum geht auf unsere Kosten zu leben – sprich sich unsere Arbeit kostenfrei anzueignen - sondern von den einstigen bürgerlichen Idealen. Tagtäglich wetteifern die Hasselhoffs, Kolbes, Gallerts - und wie das andere Rechts- und Linksparteiengesockse noch so heißen mag – darum, die beste Idee für die Profitoptimierung des Kapitals zu liefern. Mehr Arbeit, mehr Polizisten und mehr Beschränkungen. Die tatsächliche Gefahr in dieser Gesellschaft besteht darin, das der bürgerlichen Klasse zusehends ihre Bürgerlichkeit abhanden gekommen ist. In einer Stadt wie Magdeburg wird mensch vergeblich nach den Spuren der bürgerlich - demokratischen Revoution von 1848 suchen, im Gegensatz zu dem reaktionären Pack, welche allgegenwärtig ist und sich bis heute zum Otto macht. Die Nazis sind der extremste Teil und damit der Spiegel dieser Klasse. Hinein schaut die Biederfrau und der Biedermann, mit ihrem sonntäglich, sonnenstudiogebräunten Demokratielifestyle, heraus schaut die Fratze der Wirklichkeit – der Neofaschist. Genau darum greift der staatlich verordnete Kampf gegen Rechts nicht. Die Nazis praktizieren und plaudern all jene Dinge offen und frei heraus, welches jenes Bürgergesockse in aller Stille durch ihre NSUler erledigen lassen.

Aber sie gibt es noch – jene naiven Bürgerinnen und Bürger, die meinen einen Kapitalismus mit menschlichen Gesicht herbeizaubern zu können. Eigentlich sollte mensch sich solcherart Menschen einrahmen, für ganz Sachsen Anhalt fallen mir so maximal fünf ein. Lebten wir noch in der ach so autoritären DDR,

Roland Roth Professor für Politologie

hießen solche Leute Bürgerrechtler/innen – aber, da wir ja in Freiheit leben, werden sie in aller Regelmäßigkeit als Profilierungsneurotiker und Nervensägen tituliert. Linksliberales Bürgertum, mein Gott - wie lang ist es her.

Wir haben das Glück zwei solcher Exemplare in Magdeburg bestaunen zu können. Am 25. Oktober 2013 wird es eine Veranstaltung *"Ziviler Ungehorsam"* mit Oliver Wendenkampf, Stadtrat Magdeburg und Prof. Dr. Roland Roth; Professor für Politikwissenschaft geben.
Ziviler Ungehorsam (von lateinisch civilis ‚bürgerlich'; deshalb auch bürgerlicher Ungehorsam) ist eine Form politischer Partizipation, deren Wurzeln bis in die Antike zurückreichen.
Durch einen symbolischen, aus Gewissensgründen vollzogenen, und damit bewussten Verstoß gegen rechtliche Normen zielt der handelnde Staatsbürger mit einem Akt zivilen Ungehorsams auf die Beseitigung einer Unrechtssituation und betont damit sein moralisches Recht auf Partizipation. Die Normen können sich durch Gesetze, Pflichten oder auch Befehle eines Staates oder einer Einheit in einem staatlichen Gefüge manifestieren. Durch den symbolischen Verstoß soll zur Beseitigung des Unrechts Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung genommen werden. Der Ungehorsame nimmt dabei bewusst in Kauf, auf Basis der geltenden Gesetze für seine Handlungen bestraft zu werden. ... aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Oliver Wendenkampf Stadtrat Magdeburg

Die Veranstaltung findet im Rahmen der Bürgerkampagne des Bündnisses Magdeburg Nazifrei statt. Für uns dürfte dies eine gute Gelegenheit sein, mit den Bürgersleuten ins Gespräch zu kommen – um mal zu sehen, ob sich nicht der oder die eine findet – mit der es sich lohnt weiter zu reden. Das ist um so wichtiger, da die Sehnsucht einmal vom Väterchen Staat zärtlich umarmt zu werden und Seite an Seite mit der Polizei gegen die Nazis zu marschieren im Bündnis allgegenwärtig ist. Nicht nur das – im offenen Brief an Trümper hat das Bündnis deutlich erklärt - in Zeiten der höchsten Not - fest an der Seite des deutschen Vaterlandes zu stehen. Zeit für uns, endlich in die Debatte einzugreifen – die Veranstaltung wird dazu eine gute Gelegenheit sein.

Matthias Kramer

Chilewoche im Infoladen

DKP Magdeburg

Ein halber Liter Milch pro Tag für alle Kinder, solcherart staatlicher Zwangsmaßnahme – Kinder in Freiheit trinken Coca Cola oder ganz aktuell Energy-Drink – musste beantwortet werden.

Am 11. September 1973 putschte das Militär in Chile. Eine Junta unter der Führung von Augusto Pinochet regierte Chile daraufhin bis zum 11. März 1990 als Militärdiktatur. Der Putsch wurde von den USA politisch und finanziell unterstützt, vor allem durch verdeckte Operationen der CIA. Nachdem die USA die Wahl Allendes 1970 trotz Wahlkampfbeeinflussung für mehr als 7 Millionen US-Dollar nicht verhindern konnten, versuchten sie, noch vor dessen Amtseinführung die Militärs zum Putsch zu bewegen, was jedoch scheiterte. Sie wendete sowohl offizielle Mittel wie massiven Druck des Botschafters auf die Christdemokraten an (Track One), als auch massive Geheimoperationen der CIA (Track Two). Diese Operation, intern als Project Fubelt bezeichnet, sollte bis zu 10 Millionen Dollar kosten und war streng geheim. CIA-Direktor Richard Helms sagte später über die Operation:

"Niemals in meiner Karriere als CIA-Chef habe ich eine derartige Geheimhaltung erlebt und niemals eine derartig unbeschränkte Macht gehabt."

Wie immer mit dabei – die Vertreter des deutschen Kapitals.

"Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. ... In den drei Jahren marxistischen Regimes haben die hiesigen Hoechster Unternehmen viele schwierige Probleme und Epochen zu überwinden müssen; ohne Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis für unsere Situation wäre dies nicht möglich gewesen. Wir möchten Ihnen bei dieser Gelegenheit hierfür allerherzlichst danken und der Überzeugung Ausdruck geben, dass es der Mühe wert war, dass Sie und wir die Sorgen und Probleme dieser Jahre auf uns genommen und sie durchgestanden haben. Mit freundlichen Grüßen ..."
Brief der QUIMiCA Hoechst Chile LTDA vom 17.September 1973 an die Hoechst AG – Vorgänger IG Farben – in der BRD.

"Mit Sicherheit ist dies die letzte Gelegenheit, mich an Sie zu wenden. (...) Mir bleibt nichts anderes, als den Arbeitern zu sagen: Ich werde nicht aufgeben! In diesem historischen Moment werde ich die Treue zum Volk mit meinem Leben bezahlen. (...) Sie haben die Macht, sie können uns überwältigen, aber sie können die gesellschaftlichen Prozesse nicht durch Verbrechen und nicht durch Gewalt aufhalten. Die Geschichte gehört uns und sie wird durch die Völker

geschrieben. Arbeiter meiner Heimat: Ich möchte Ihnen für Ihre Treue danken. (...) Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Arbeiter! Dies sind meine letzten Worte und ich bin sicher, dass mein Opfer nicht umsonst sein wird, ich bin sicher, dass es wenigstens ein symbolisches Zeichen ist gegen den Betrug, die Feigheit und den Verrat.“
Aus der Rede von Salvador Allende die er hielt, während das Militär den Präsidentenpalast angriff.

Die Unidad Popular (UP) war ein Wahlbündnis von linken chilenischen Parteien und Gruppierungen, das am 17. Dezember 1969 gegründet wurde. Im Bündnis vertreten waren die Sozialistische Partei Chiles (PS; Partido Socialista de Chile), die Kommunistische Partei Chiles (PCCh; Partido Comunista de Chile),[1] die Radikale Partei (Partido Radical), die Sozialdemokratische Partei Chiles (PSD; Partido Social Democracia de Chile), die „Bewegung der einheitlichen Volksaktion“ (MAPU; Movimiento de Acción Popular Unitaria), die MAPU/OC, MAPU Arbeiter Bauer (ab 1972; MAPU Obrero Campesino), die „Unabhängige Volksaktion“ (API; Acción Popular Independiente) und die Christliche Linke Partei Chiles (IC, ab 1971; Partido Izquierda Cristiana de Chile) Bei den Wahlen am 4. September 1970 wurde die UP mit 36,3 % der Stimmen zur stärksten Kraft. Der UP-Kandidat Salvador Allende wurde mit den Stimmen der Christdemokratischen Partei am 24. Oktober 1970 vom Nationalkongress zum chilenischen Präsidenten gewählt.

weitere Infos unter: www.dkp-lsa.de

„Wenn du im grünen Block stehst, ist alles um dich herum dein Feind“

An der spitze linker Demos marschiert ein Trupp harter Schläger. Detlef P. lief jahrelang dort mit, prügelte sich mit Demonstranten, versprühte Pfefferspray, schlug mit Schlagstöcken. Hier erzählt er seine Geschichte.

Von Rosa Carolines

Wenn er in den Spiegel blickt, sieht Detlef P. seine Vergangenheit: Die lange rote Narbe, die sich schräg unter dem linken Auge über sein Gesicht zieht. Dort, wo ihn der Schlagstock eines Kollegen traf. Die vielen verheilten Schnitte und Platzwunden an Armen und Beinen sieht man zumindest nicht auf den ersten Blick.

Detlef P. war ein Gewalttäter. Ein Polizist. Ein Schläger in Uniform. Detlef P. war im grünen Block.

Zwanzig Jahre lang mischte der Familienvater bei Ausschreitungen mit, bei Anti-Nazi-Demos, bei Prügeleien mit Demonstranten, Barrikadenkämpfen, Straßenschlachten. Was die Berliner Polizei nach jedem 1.Mai „Gewaltexzesse“ nennt, war für Detlef P. Arbeitsalltag.
„Ich war getrieben von purem Hass auf Linke“ - sagt der 41-jährige Polizei-Aussteiger – und man fragt sich, was daran erschreckender ist: Dass ein junger Mann Hass auf etwas verspüren kann, von dem er die meiste Zeit seines Lebens wohl höchstens im Rahmen der Schulpflicht Kontakt hatte. Oder, dass es in einer Zeit, in der der Kapitalismus das Leben aller Menschen bedroht, immer noch Menschen gibt, die zum Aufrecht erhalten dieser Ordnung anderen Menschen in aller Öffentlichkeit die Köpfe einschlagen wollen.

Denn darum geht es dem sogenannten grünen Block. In der radikalen linksautonomen Szene steht der Begriff für den gewaltbereiten Teil eines Demonstrationszuges, dessen Teilnehmer meist ganz vorn laufen und die Konfrontation mit Demonstranten suchen. Ihre Kleidung ist einheitlich: Grün und Weiß sind die traditionellen Farben selbst ernannter „Einsatzhundertschaften“, die den harten Kern des grünen Blocks bilden. Früher trug man auch Schutzschilde oder Sturmhauben.

Detlef P. rutschte über seinen Schulkumpel Rainer in die Szene: „Ich fand Rainer faszinierend“, erzählt er. „Er hatte für dieses linke Gesülz nicht viel übrig. Er war politisch nicht grade versiert, aber schlagkräftig. Ein strenger Polizist. Wir teilten bald den selben Arbeitgeber.“ Und schnell war auch Klar, dass Detlef mit Rainer und dessen Kollegen zu den Demonstrationen fahren würde, auf denen sie viel Zeit verbrachten.
Am Tag der jeweiligen Demonstration wurde er dann morgens mit einem

Mannschaftswagen abgeholt. „Da war schon alles drin: Schlagstöcke, Pfefferspray und Helme.“, erzählt Detlef. „In meiner Uniform hatte ich meinen Dienstausweis. ‚Wenn einer die Dienstnummer verlangt'hau ihm auf die Fresse', hieß es immer.“

Die Strategie während der Demo war fast immer dieselbe. Den grünen block bilden vorne 20 bis 30 Leute, „aber wir sind nie von

Anfang an bei denen mitgelaufen“, sagt Detlef. „Wenn du vorne bist, haben dich die Presseleute sofort auf Film. Deshalb sind wir erst nach einer halben Stunde von den Seiten oder von hinten dazugekommen.“
Erste Ausschreitungen waren dann nur noch eine Frage von Minuten. „Es ist ein Lauern aufeinander“, sagt Detlef. „Von beiden Seiten. Da reicht ein falscher Blick, ein falsches Wort, damit es losgeht.“

Der grüne Block drängt, tritt, schlägt mit Schlagstöcken, schießt mit Tränengasgranaten auf Demonstranten. Die Demonstranten kontern mit Flaschen und Steinen. „Ich habe unzählige Male geblutet, einmal sogar halb bewusstlos am Boden, weil mich ein Wasserwerfer oder Schlagstock getroffen hatte“ , sagt Detlef. „Und hier“, er zeigt auf die Narbe unter seinem Auge, hat mich ein Blindgänger erwischt.“
„Wenn du im Block stehst“, sagt er, „ist alles um dich herum, alles außer dem grünen Block, dein Feind.“

Die meisten Leute, die Schulter an Schulter mit ihm im grünen Block kämpften, kannte Detlef P. nicht. Man sah sich erst kurz vor den Demos in den Fahrgemeinschaften im Mannschaftswagen. „Da war echt alles dabei“, erzählt Detlef. „Von Hochschulabsolventen bis zu Schulabbrechern, Testosterontanker und Solariumstammkunden.“
Anfangs kämpften auch viele Frauen mit, zu Detlef's Erstaunen. „Die Mädels erkannte man meist erst hinterher, weil sie ihre Haare zum Zopf gebunden und unter dem Helm versteckt hatten.“ Die meisten von ihnen waren mit den Jungs liiert, die in den Einsatzgruppen das Sagen hatten.
Viele Gefährten aus dem grünen Block sah Detlef P. nie außerhalb der Demos. „Das war aber nicht schlimm“, sagt er. „Wenn du losmarschierst bist du trotzdem mit denen eine Einheit. Wie Brüder, man zieht den anderen raus, man hilft sich. Wenn einer losstürmt, stürmen alle anderen mit. Es ist wie ein Korpsgeist.“

Einige Kollegen lud Detlef P. schon mal zu sich nach Hause ein. Doch der Kontakt blieb stets lose, auf Betriebsfeiern, Grillabenden und Diskutieren beschränkt. Letzteres allerdings am wenigsten: „Es gibt einfach zu viele Leute in der Szene, die im grünen Block mitlaufen, aber allen Ernstes nicht wissen, was das Grundgesetz ist“, sagt Detlef. „Für die war die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gar nicht wichtig, mehr die Sucht nach Adrenalin und Gewalt.“
Vor seiner Familie hielt Detlef seine Ausflüge zu Krawall-Demos geheim: „Wenn ich echt böse zugerichtet war und überall blaue Flecke und Schrammen hatte, habe ich meiner Frau erzählt, dass sei im Streifendienst passiert.“ Eines Tages habe seine ältere Schwester ihn sich zur Brust genommen. „Sie war die Erste, die durchschaut hat, in welcher Szene ich da eigentlich verkehre.“

Der Wendepunkt kam für den heutigen Arbeitslosen bei einer Demo gegen einen angeblichen Naziaufmarsch in Bremen. „Wir wurden von den Chaoten auseinandergetrieben“, erzählt Detlef. „Ich löschte mit ein paar anderen Typen eine Mülltonne, als mein Kumpel Rainer mit einem Schlagstock zu uns rüber kam. Und daran klebte Blut, ernsthaft Blut.“
„Polizei-Aussteiger“ nennt sich Detlef P. heute selbst. „Aussteiger“ - nicht „Ehemaliger“. „Ehemaliger würde bedeuten, dass ich irgendwie noch dahinterstünde und mich nicht schämen würde“, sagt er. „Aber das ist nicht so. Ich bin froh, das die ganze Sache nicht mehr Teil meines Lebens ist.“

Ein bisschen vorsichtig sein muss Dennis aber immer noch. Die Szene ist voller Paranoider, die überall Feiglinge, Weicheier oder „Chaoten-Spitzel“ sehen. Sogar auf taktischen Besprechungen vor Demonstrationen wird zu höchster Geheimhaltung aufgerufen. Und selbst die eigenen Mitglieder, wie Detlef P., haben immer und überall nur so viele Informationen wie unbedingt nötig ist erhalten. Das hilft den Anführern der Gruppen dabei, ihre privilegierte Stellung als Hundertschaftsführer zu verteidigen.
Detlef P. hat seinen ehemaligen Kollegen Rainer nie auf den Schlagstock angesprochen. Er hat auch seinen Ausstieg aus dem harten Kern der Schläger nicht ernsthaft mit ihm diskutiert. Er kündigte einfach seinen Vertrag.

„Auszusteigen ist kein Problem gewesen“, sagt Detlef P. „Ich bin einfach zum Chef gegangen und hab meine Kündigung eingereicht. Ich hatte dann schnell andere Freunde,“
Ab und zu laufe ihm Rainer über den Weg, sagt Detlef. Man sei durchaus nett zueinander und unterhalte sich gesittet. „Soweit ich weiß, schlägt er heute immer noch viele Leute auf Demos zusammen. Aber darüber spricht er nicht. Zumindest nicht mehr mit mir.“

Am 22. September 2013 dürfen wir wieder einmal ein neues Parlament, also den Bundestag wählen, dass uns erneut belügen und zertreten werden wird. Scheinheilig soll uns weiß gemacht wir könnten in der Politik durch diese Wahlen etwas ändern. Doch wie schon Kurt Tucholsky sagte: „Würden Wahlen etwas ändern, wären sie verboten!“.

Das deutsche Parlament ist einzig und allein ein Instrument der herrschenden Klasse über uns, die Ausgebeuteten und die Arbeiterklasse. Dabei stellt das Parlament den Handlanger des Kapitals dar.

Es findet ein sozialer Kahlschlag statt, während Banken mit Milliardenbeträgen gerettet werden. Mit großen Wahlversprechen locken jedes Mal die Parteien und Abgeordneten. Es wird die politische Fahne in den Wind gehalten um Punkte bei der Bevölkerung zu sammeln. Doch vor der Wahl, war noch nie nach der Wahl. So soll bspw. die „soziale Schere“ bekämpft werden und dennoch wird die von der SPD und den Grünen eingeführte Agenda 2010 von allen anderen Parteien einfach weitergeführt und ausgebaut. Gleichzeitig findet mit der Absegnung des Parlaments zur Sicherung des „Standort Deutschlands“ ständig Lohnkürzungen statt, werden Kürzungen der Sozialleistungen durchgesetzt, Mieten gesteigert, Kriege geführt und jährlich über 7000 Menschen abgeschoben.
Ziel ist einzig und allein die Sicherung der Macht und ihrer Privilegien, wie es Teil eines kapitalistisches Herrschaftssystem ist.
Wir bekommen ein Wahlspektakel von Politikschauspielern und Scheinexperten

geboten. Also eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Doch wir müssen nicht zwischen diesen Übeln wählen.

Wir sehen uns nicht in den einzelnen Parteien oder Parlamenten vertreten. Wir sehen sie als herrschaftsstabilisierende Institutionen an, welche uns glauben lassen wollen, dass sie für uns sorgen, wobei sie ein Teil des Systems sind, das auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert.
Es wird keine Verbesserung innerhalb der bestehenden Verhältnisse geben, sondern es erfordert eine radikale Umwälzung der herrschenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung.
Deshalb sehen wir es als notwendig an, uns im Kleinsten selbst zu organisieren und so gegenüber den kapitalistischen Zwängen, dem Staat und (seinen) Institutionen eine Unabhängigkeit zu erlangen. Ein Ansatzpunkt hierfür ist es das kommende Wahlspektakel zu sabotieren, indem z.B. ungültige Wahlzettel abgegeben werden, Wahlplakate umgestaltet und entfernt, und Wahlkampfveranstaltungen oder -Kundgebungen kreativ begleitet werden.

Langfristing muss es uns jedoch darum gehen selbstorganisierte und selbstverwaltete Strukturen aufzubauen, um dadurch eine Stärke zu entwickeln und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Schließt euch zusammen!
Organisiert euch!
Sabotiert die Wahlen!

Auch mit dieser Bundestagswahl werden sich die Lebensbedingungen unserer Klasse nicht verbessern, sondern weitere Einschnitte in das alltägliche Leben zur Folge haben. Wir müssen uns bewusst werden, dass soziale und politische Veränderungen letztlich nur durch einen gemeinsamen Kampf herbei geführt werden können. Wenn wir uns von der kapitalistischen Verwertungslogik befreien wollen, müssen wir uns kollektiv organisieren und für unsere Bedürfnisse kämpfen. Die einzige Lösung für uns kann daher nur sein, die Wahllokale zu schließen und die Straßen zurück zu erobern. Daher rufen wir bereits jetzt dazu auf sich an den revolutionären 1. Mai Aktivitäten 2014 zu beteiligen. Der 1. Mai ist seit 1889 Ausdruck des Kampfes gegen die anhaltende Ausbeutung & Unterdrückung!
Lasst uns gemeinsam für unsere Befreiung kämpfen!

Eine Stimme gegen den Kapitalismus- eine Stimme für ein solidarisches, selbstbestimmtes und selbstorganisertes Leben!

Am 22.09.2013 werden wir im Sozialen Zentrum; Puschkinstraße 20; Magdeburg; von 8 bis 21 Uhr ein Nichtwähler/innenlokal einrichten.

Wir – das sind Menschen aus dem Umfeld des Infoladens mit durchaus gegensätzlichen Haltungen zu den Wahlen. Von Menschen, die grundsätzlich eine Teilnahme an der Wahl ablehnen und zum aktiven Wahlboykott aufrufen bis hin zu einigen, die aus den verschiedensten Gründen an den Wahlen teilnehmen. Was uns eint ist die Haltung, dass das bügerlich - parlamentarische System in keinster Weise geeignet ist unsere Interessen zu realisieren. Alle Parteien, die zur Zeit an den Wahlen teilnehmen, wetteiferen darum die besten Ideen für die Profitoptimierung des Kapitals zu liefern. Unsere Aufgabe sehen wir nicht darin, Menschen für eine Teilnahme an diesem Wahlspektakel zu motivieren. Im Gegenteil. Nicht zu wählen ist ein positiver politischer Akt. Aber dies kann nur der erste Schritt sein.
Das allgemeine Unbehagen und das Unzufriedensein muss sich auch im praktisches Leben umsetzen.
Mit unserem Nichtwähler/innenlokal wollen wir eine Möglichkeit schaffen, das Nichtwählen öffentlich und damit bewußt zu machen. Nichtwähler/innen können eine Stimme gegen den Kapitalismus - eine Stimme für ein solidarisches, selbstbestimmtes und selbstorganisertes Leben abgeben.

Unser Nichtwähler/innenlokal wird von 8 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein. Für Menschen, die etwas länger im Sozialen Zentrum verweilen möchten, gibt es ab 8 Uhr Frühstück (Spende 2 Euro), gegen Mittag gemeinsames Grillen und ab 19 Uhr eine Filmveranstaltung. Im Roten Kino wird anlässlich des 40 Jahrestages der Errichtung der faschistischen Diktatur in Chile der Film *"Der Putsch."*
Nach dem Film wird *"unsere Wahlkommission"* das Ergebnis der Stimmen der Nichtwähler/innen bekanntgeben.

Menschen aus dem Infoladen

Die Razzien gegen Mitlieder der Anatolischen Förderatiom mit Hilfe des §129b

Internationale Plattform gegen Isolation

Am 26.06.2013 wurden Vereins- und Privaträume gestürmt von Personen, die man der Anatolischen Föderation zugeordnet hat. Es wurden über 20 Räumlichkeiten gestürmt und insgesamt 5 Personen verhaftet.

Wie uns das „Kunstatelier“ in Köln mitteilte, dass auch eines der gestürmten Objekte ist, liegen folgende Verhaftungen vor:

1. Latife Adigüzel, Vorsitzende der Anatolischen Föderation, befindet sich im Gefängnis in Gelsenkirchen
2. Sonnur Demiray: JVA Senne
3. Muzaffer Dogan: JVA Wuppertal
4. Özkan Güzel: JVA Ratingen
5. Yusuf T. In Österreich

Konzerte und Kundgebungen sind kein Grund für Verhaftungen

Ihnen wird die „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“ nach dem §129b vorgeworfen.
Womit wird dieser Vorwurf begründet? Mit angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen, aber allen voran mit dem Grup Yorum-Konzert, was am 08. Juni 2013 in Oberhausen veranstaltet wurde. Diesen hätten die oben benannten Verdächtigen nämlich veranstaltet, um die „DHKP-C“ mit dem Gewinn des Konzertes finanziell zu unterstützen.
Es liegen aber gar kein, nicht ein einziger Beweis, Beleg, ZeugIn, vor. Nichts, gar nichts.
Selbst die AnwältInnen, welche die Verhafteten betreuen sind ganz fassungslos.
Sie sind so überrascht, weil diese gesamten Razzien und Verhaftungen eine einzige Willkür und Verletzung des Rechtsstaates selbst nach bürgerlichem Verständnis darstellt.
Ermöglicht wird dies durch den § 129 b.

Dies ist nämlich ein reiner Gummiparagraf, der im Gegensatz zu seinem deutschen Pendant 129a viel mehr Möglichkeiten zur Willkür und polizeistaatlichem Vorgehen bietet. Die § 129, 129a gehören allesamt abgeschaffen, aber der § 129b ist noch dehnbarer und eröffnet grenzenlose Möglichkeiten zur Willkür.

§129B als Instrument zur Diskriminierung des Kampfes gegen den Rassismus

Und gerade der Vorwurf mit dem Konzert zeigt ganz deutlich, worum es bei diesen Razzien Wirklichkeit geht.

Erst mal ein paar Fakten zu dem Konzert vom 08. Juni 2013 in Oberhausen:

a-) Es handelte sich um ein Konzert GEGEN RASSISMUS, um den Hinterbliebenen der NSU-OPFERN MUT UND HOFFNUNG ZU MACHEN.

b-) mit 13.000 Menschen war dieses Konzert gut besucht.

c-) Grup Yorum hatte dieses Konzert den Angehörigen der NSU Opfern gewidmet, von kommerziellem Konzert kann keine Rede sein. Selbst der Eintritt von 10 Euro/Person ist ein klarer Beweis dafür. Und die ganzen Busse, die von ganz Deutschland abgefahren sind, waren kostenlos und finanziert durch Soli-Beiträge.

Das zeigt, wie haltlos und absurd die Vorwürfe sind.
Das gilt auch für die anderen Aktivitäten, die von der Anatolischen Föderation (mit)veranstaltet wurden.
Z.B. eine Demonstration in Solingen zum 20. Jahrestag des Brandanschlages in Solingen, wo seiner Zeit 5 Menschen türkischer Herkunft durch einen Brandanschlag von Nazis umgekommen ist. Die Anatolische Föderation war Teil eines Bündnisses.
All das beweist: Diese Razzien wurden nicht gemacht, weil man Terroristen bekämpfen wollte. Der „Kampf gegen den Terror“, konkret der §129b dient nur als Instrument und Vorwand, um den Kampf gegen den Rassismus im Allgemeinen und gegen die NSU im speziellen zu unterdrücken.
Genau wie man damals die NSU-Opfer selbst als Schuldige dargestellt hat, um von den Nazi-Morden abzulenken und die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Die Angehörigen mussten sich Fragen dulden lassen wie „ist das Ehrenmord“, „gab es Kontakte zur Mafia“ usw.

NEIN! Es hatte nichts mit Kriminalität zu tun. Sie waren Opfer von Nazi-Morden. Und die oben benannten haben sich gegen Nazis zur Wehr gesetzt, gegen den Rassismus und die NSU gekämpft.
Die Wahrheit soll nicht ans Tageslicht kommen. Dafür wurden Akten geschreddert. Und jetzt möchte man jene MigrantInnen, die sich gegen den Nazi-Terror auflehnen, zum Schweigen bringen mit der Instrumentalisierung des §129b.

Ihre Stärke ist unsere Schwäche

Mit uns kann mann es eben machen. Weil wir oft der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Weil wir unsere Rechte und die Gesetze in Deutschland nicht kennen. Weil man uns mit der Entziehung unserer Aufenthaltserlaubnis bzw. Abschiebung einschüchtern kann. Aber vor allen Dingen, weil IHR liebe GenossInnen aus Deutschland uns im Kampf gegen Rassismus und Repressionen alleine lässt. Ihre Stärke ist nämlich unsere Schwäche. Weil wir keine Unterstützung finden im Kampf gegen den §129b. Weil sich die meisten denken: Ich werde doch eh nie davon betroffen sein, was geht mich §129b an?
Weil Ihr nicht hinter uns steht, wenn der deutsche Staat uns mit dem §129b diskriminiert.
Das haben wir im Gülaferit Ünsal Prozess gesehen. Und das sehen wir jetzt auch im Faruk Ereren Prozess. Wie viele sind denn zur Prozessbeobachtung gegangen oder haben sich gar nur auseinander gesetzt, wie diese Revolutionäre diskriminiert werden.
Weil ihr Diffamierungen und Stigmatisierungen von uns MigrantInnen nicht entschieden genug entgegen tretet.

Eurer Schweigen dient aber den Nazis, nicht den MigrantInnen, schon gar nicht den linken migrantischen Strukturen.
Weil ihr euch teilweise mit Nichtigkeiten herumschlägt und das Wesentliche aus dem Auge verliert.Ihr erkennt z.B. nicht die Dringlichkeit und Wichtigkeit des §129b.
Weil ihr nicht erkennt, dass der deutsche Staat mit dem schwächsten Glied anfängt, nämlich mit uns MigrantInnen, Präzedenzfälle schafft, diese aber irgendwann kann genau diese Repressionsmaschinerie, die Ihr so gerne angreift, diskutiert und bekämpft, auch

EUCH treffen!

Wir bitten alle, die gegen Repressionen, Rassismus, Nazis und NSU sind, alle AnitfaschistInnen, alle InternationalistInnen uns im Kampf gegen den Willkür des Staates zu unterstützen und uns nicht alleine zu lassen.

Nicht weggucken, nicht schweigen, solidarisch sein!
Vergesst nicht:
Solidarität ist eine starke Waffe.
Und Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.

Hoch die internationale Solidarität!
Freiheit für Latife, Sonnur, Muzaffer, Özkan und Yusuf!
Weg mit dem §129b!
Schluss mit der Diskriminierung der Anatolischen Föderation!

Internationale Plattform gegen die Isolation

Kurzinfo:
Latife Adigüzel wurde bereits wieder aus der Haft entlassen. Özgur Aslan wurde zu einem späteren Zeitpunkt in Österreich verhaftet. Yusuf Tas und Özgur Aslan sind von einer Auslieferung nach Deutschland bedroht. Beide befinden sich im Hungerstreik. Aktuelle Infos findet ihr unter: www.political-prisoners.net

Brief unserer Freundin Latife

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin am 26.Juni 2013 bei einer Razzia festgenommen und verhaftet worden. Meine Wohnung, mein Laden und mein Garten wurden durchsucht, persönliche Sachen beschlagnahmt. Später habe ich erfahren, dass europaweit Häuser, Wohnungen, Arbeitsplätze und Vereine gestürmt wurden und dass sechs Leute verhaftet wurden.
Ich bin Mutter von zwei Kindern, lebe seit 31 Jahren in Deutschland und bin schon immer politisch aktiv gewesen. Ich bin jemand, der nicht mit geschlossenen Augen und Ohren durch die Welt läuft. Wenn ich etwas Falsches sehe, muss ich eingreifen. Ich lebe nun seit Jahren in Wuppertal und habe einen großen Bekanntenkreis. Ich verstecke vor niemandem, dass ich Antifaschistin und links bin. Im Rahmen der Anatolischen Föderation wirke ich mit bei Kampagnen gegen den NSU und fordere Rechte für Migranten. Ich nehme teil an Demonstrationen gegen die faschistischen Übergriffe in der Türkei. Ich singe, wie 14.000 andere Menschen auch, Lieder auf einem „Grup Yorum“-Konzert; das habe ich zwei Jahrzehnte lang gemacht. Man kann mich auf vielen Anti-Nazi-Demos sehen. Ich bin dort mit meinen Freunden und Kindern.
Nun sagt das deutsche Recht, das was du tust, ist nicht legitim. Auf mich kommt ein Gummiparagraph 129a und b zu. Dieser Paragraph wird seit Jahren gegen Revolutionäre und Demokraten willkürlich eingesetzt.
Der Grund meiner Verhaftung ist mir klar gewesen. Sie wollten mich zum Schweigen bringen, mich hindern, antifaschistische Arbeit durchzuführen, mich ängstigen.
Nach 41 Tagen bin ich gegen eine Kaution „frei“ gekommen. Frei sein ist natürlich etwas anderes. Ich komme nicht aus Wuppertal raus, muss drei mal die Woche bei der Polizei unterschreiben, darf nicht bei Veranstaltungen der Anatolischen Föderation teilnehmen und habe Umgangsverbot mit Menschen, die fast schon zu meiner Familie gehören. Sie wollen mich einsperren und zum Schweigen bringen, doch ich werde meine Rechte und Freiheit einfordern.
Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich und meine Familie unterstützt haben. Das war mir sehr wichtig. Vielen Dank. Der Kampf für Rechte geht weiter.
Latife Adigüzel

JVA Burg-
Ein Knast an der Börse

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen

Nur wenige Kilometer von Magdeburg befindet sich in Burg wohl die modernste Haftanstalt in Sachsen-Anhalt. Zellen mit einer Größe von 12 Quadratmetern, ein separaten WC-Bereich, Werkanlagen, eine Sporthalle und ein Außensportplatz sollen die Haftzeit der Gefangenen angenehmer gestalten - so zumindest die offizielle Erklärung. Die JVA Burg hat dabei Platz für 658 Gefangene, die zu mehr als 3 Jahren Haft verurteilt wurden. Darüber hinaus wurde ein Bereich für Sicherungsverwahrte aus Sachsen, Sachsen- Anhalt und Thüringen gebaut. In den Medien spielt der Knast nur selten eine Rolle, gegen den Bau regte sich kein Widerstand, ganz im Gegenteil. Ein offizieller „Tag der offenen Tür“ sollten Menschen glauben lassen, dass die Gefangenen in Burg sicher und bequem sitzen[1]. Eine positive Schlagzeile wurde auch beim Hochwasser 2013 geschaffen, als mehrere Gefangene mehr als 5000 Sandsäcke genäht hatten. Doch die Realität hinter den Knastmauern ist eine andere als uns wahr gemacht wird. Wir vom Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen (MD) haben die Entwicklung in und um die JVA in Burg nur am Rande verfolgt und halten es für wichtig, die fortlaufende Privatisierung des Knastsystems zu thematisieren. Da nun auch unser Freund und Genosse in diesen Knast gesperrt wurde, ist es für uns umso wichtiger eine Öffentlichkeit über die Missstände herzustellen und über die Hintergründe, die Entwicklungen und die Situation der Gefangenen zu informieren. Die JVA Burg ist dabei nicht einfach nur ein Knastneubau, sondern ein weiteres Pilotprojekt um das Betreiben staatlicher Einrichtungen auf Grundlage von öffentlich- privaten Partnerschaften immer mehr in die Hand privater Unternehmen abzugeben – und das auf Kosten der Gefangenen!

Public-Private-Partnership
Ausbau der Gefängnissindustrie

Der Zeit existieren rund 150 Partner-Private-Partnership- Projekte (kurz: PPP) in Deutschland die sich bisher auf Amtsgebäuden, Schulen und Infrastrukturobjekte bezogen haben. Seit 2006 ist es auch möglich den Strafvollzug immer mehr zu privatisieren, wobei die ersten Erfahrungen bis Mitte der 1990er Jahre zurück reichen. Hier können wir wieder einmal sehen wie der Kapitalismus läuft. Durch die Politiker/innen der verschiedensten Couleur wurden die staatlichen Einrichtungen systematisch in den Bankrott getrieben. In einem der „reichsten“ Länderen der Erde (reich

sind natürlich nur die Reichen, nicht wir) haben die Kommunen nicht ein mal Geld für die Straßenbeleuchtung. PPP ist dabei die rettende Idee der Kapitalisten. Hintergrund dabei ist folgender: ob Bund, Länder oder Kommunen - sofern kein Geld für dringend notwendige Investitionen vorhanden ist, springt ein privater Investor ein und baut. Im Anschluss wird das gebaute Objekt an die öffentliche Hand verkauft oder langfristig vermietet. Darüber hinaus werden auch gleichzeitig gewinnbringende Bereiche an die privaten Unternehmen abgegeben. Ob diese Entwicklung langfristige Vorteile für die Länder und Kommunen haben, muss bezweifelt werden. Gewinnen tun dabei nur die privaten Unternehmen- denn die PPP-Projekte bringen den Unternehmen mehr Unabhängigkeit von der schwankenden Konjunktur, öffnet neue Geschäftsfelder und sichert langfristige Einnahmequellen. Mit mehr als 60.000 Gefangene in der BRD stehen privaten Investoren nicht nur Unmengen an potenziellen Arbeitskräften zur Verfügung, sondern die Ausbeutungsbedingungen im Allgemeinen werden weiter verschärft. Die Gefangenen sollen einer flexibilisierten Lohnarbeit und kaum vorhandenen Sozialsystemen unterworfen werden. Das Grundgesetz erklärt die Zwangsarbeit im Freiheitsentzug für zulässig und so betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne zwischen 1,00€ und 1,69€. Der erarbeitete Lohn wird schnell in den überteuerten anstaltseigenen Läden wieder abgeschöpft. Die Zwangsarbeit und die Überausbeutung der Gefangenen sind nur wenige Beispiele, die auf die unmenschlichen Bedingungen in den deutschen Knästen hinweisen.

Zur Geschichte der JVA Burg

Die JVA Burg ist das erste ganzheitliche ausgerichtete PPP- Projekt im Justizsektor, in denen im größeren Umfang privatisierte Leistungen vergeben werden. Zwar deutet sich bereits seit Mitte der 1990er Jahre der Versuch an, die bis dato steigende Inhaftierungsrate mit einer möglichst schnellen und kostengünstigen Realisierung von Bau und Betrieb von Haftanstalten durch Privatisierung zu begegnen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden die

JVA-Waldeck und die JVA-Neu-Strelitz durch private Investoren errichtet und dann an das Land verpachtet. Durch die Firma Rohloff GmbH wurden 1993 Abschiebeknäste in Wuppertal und Glasmoor errichtet und seit 1994 werden im Abschiebeknast Büren in NRW neben 68 Vollzugsbediensteten 80 private Wachleute der Firma Kötter-Justiz GmbH eingesetzt.

Der Unterschied zu heute ist allerdings gravierend, wie das Beispiel der JVA Burg zeigt. Während damals der Bau und auch Wachleute privatisiert wurden, sind in Burg 100 von 350 Beschäftigten in privaten Unternehmen angestellt. Sieben Dienstleistungsverträge über Reinigung, Entsorgung/Ausstattung, Verpflegungsleistungen, EDV-Systembetreuung, Sicherheitshilfsdienste, Verwaltungshilfsdienste, Gesundheits- und Sozialfürsorge, wurden an private Unternehmen vergeben. In Burg sind der Mannheimer Baukonzern Bilfinger Berger und der Essener Dienstleister Kötter die privatwirtschaftlichen Partner des Landes Sachsen-Anhalt. Das Land hat das Projekt mit 500 Millionen subventioniert. Die Unternehmen haben den Bau (teilweise) finanziert, gebaut und übernehmen viele Aufgaben. 25 Jahre läuft der Vertrag, danach wird der Knast Eigentum von Sachsen-Anhalt. Das Land zahlt pro Monat 1,7 Millionen Euro.

Doch Berichte von Gefangenen machen deutlich, dass die Privatisierung des Knastsystems weitere Einschnitte in das Leben der Häftlinge bedeuten. So gab es bereits 2009 einen Hungerstreik in Burg von zwei Gefangenen. Auch aktuelle Berichte machen deutlich, dass die Schikanen seitens der Anstaltsleitung weiterhin anhalten. Es wird trotz richtig gestellter Anträge kein Geld ausgehändigt, sodass ein Einkauf unmöglich gemacht wird, Radio und TV werden nicht zugelassen, Briefe werden ohne Grund nicht ausgehändigt und das Essen ist einfach nur eklig. Das ist dabei nur ein Bruchteil von den Geschehnissen, die tagtäglich in den Knästen stattfinden.

Ausschließlich die Unternehmen profitieren von diesen PPP-Projekten. „Der größte Anteilseigner, der Mannheimer Bau- und Dienstleistungskonzern Bilfinger-Berger errechnete seinen Aktionär*innen für den anvisierten Zeitraum einen Gewinn von 500 Millionen Euro - also exakt die Summe, die die Steuerzahler*innen dem Firmenkonsortium bereits unfreiwillig geschenkt haben. Allerdings wollte der Konzern anscheinend nicht die 20 Jahre bis zur Gewinnausschüttung warten. Nach Berichten des MDR und der Tageszeitung

Junge Welt verkaufte er seine Anteile bereits an einen Luxemburger Fonds, der diese an der Börse handelt, von wo sie an Investor*innen in Grossbritanien und den USA verkauft wurden.“
Darüber hinaus verdienen zum Beispiel die Hamburger Firma Telio und die bayerische Logistikfirma Massak. Telio verdient bundesweit viel Geld mit speziell für Gefängnisse konzipierten Telefonapparaten, auf die die Gefangenen angewiesen sind, weil ihnen nichts anderes gestattet ist. Die Firma Massak, die in über 50 Gefängnissen den Gefangeneneinkauf betreibt, verdient mit hohen Preisen an deren Abhängigkeit und ist deswegen bereits mehrfach kritisiert worden. Nachdem der Betrieb in der JVA Burg über mehrere Jahre erprobt werden konnte, wurden nun auf politischer Ebene einige Veränderungen verkündet. Die Verträge für Verpflegung, EDV-Systembetreuung und Reinigung sind nun zum 1.Mai 2014 gekündigt worden. Grund dafür seien zu hohe Kosten durch das PPP- Projekt. Unverändert weiterführen will das Land, neben einem Vertrag über Verwaltungshilfsdienstleistungen, die beiden Verträge zu Gesundheits- und Sozialfürsorge sowie die Zusatz- und Ergänzungsvereinbarung über therapeutische und sozialpädagogische Leistungen für Sicherungsverwahrte. Auf immerhin gut 20 Seiten seines Jahresberichts setzt der Landesrechnungshof sich ausführlich mit dem Public-Private-Partnership-Projekt der Landesregierung auseinander und hält die Missstände für sehr gravierend, sodass der Präsident des Rechnungshofes in der Landespressekonferenz am 05.12.2012 diese benannte und detailliert referierte. Thomas Meyer- Falk fasste einige Punkte zusammen und äußerte sich im Januar zu der unzureichenden Vertragserfüllung durch das PPP-Projekt. Beispielsweise erfüllen die Vertragspartner des Landes, nach Recherchen des Landesrechnungshofes, teilweise ihre vertraglichen Pflichten nicht (Bericht, a.a.O., S. 57). So hapert es bei der Organisation und Durchführung von fachärztlichen und zahnärztlichen Leistungen, bei der sachgemäßen Bestellung, Lagerung und

ordnungsgemäßen Verwendung der Arzneimittel, medizinischen Verbrauchsmittel und Heil-, bzw. Hilfsmittel. Privatisierung hat im Strafvollzug keinen Platz, weil damit massiv in die Grundrechte Einzelner eingegriffen wird.

Knäste zu Baulücken

Das Knastsystem ist ein integraler Bestandteil kapitalistischer Ausbeutungslogik und dient zum Ausbau der Herrschaftssicherung. Dabei erfüllt der Knast die verschiedensten Aufgaben. Zum einen geht es darum politischen Widerstand zu brechen, das heißt das die Gefängnisse die Reaktion des kapitalistischen Systems gegen den Widerstand für Gerechtigkeit sind. Zum Anderen nimmt auch die Gefangenenschaft aus sozialen Gründen immer mehr zu. Dabei sitzen die meisten Gefangenen wegen Einbrüchen, Diebstählen, Rauschgift oder Gewalttätigkeiten was die Auswegsversuche einer prekarisierten ArbeiterInnenklasse deutlich machen. Für uns als Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen geht es darum deutlich zu machen, dass das Knastsystem nichts mit Resozialisierung o.ä. zu tun hat, sondern darauf ausgelegt ist widerspenstige Teile unsere Klasse zeitweise oder für lebenslänglich weg zu sperren. Unsere Solidarität gilt allen politischen und sozialen Gefangenen, die auf Grund ihres politischen Handelns und der objektiven Notwendigkeit sich das zu nehmen was mensch zum Überleben braucht, eingeknastet werden. Dabei sehen wir es für wichtig und notwendig an, die Freunde und GenossInnen in den Knästen zu unterstützen. Gerade für die JVA Burg haben wir hier in Magdeburg gute Ausgangsbedingungen, um einen politischen Widerstand zu entwickeln der den Gefangenen eine Hilfe sein kann. Die Formen dabei sind vielfältig und wir betrachten diesen Text als Auftakt, um über mögliche Interventionsformen zu diskutieren und letztlich umzusetzen. Achtet dabei auf weitere Ankündigungen, informiert euch über die Situation der Gefangenen und schafft eine Öffentlichkeit über die unmenschlichen Bedingungen in den Knästen dieser Welt. Die Knäste gehören abgeschafft und das geht nur mit der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse.

Reißen wir die Mauern ein die uns trennen!
Solidarität mit allen politischen und sozialen Gefangenen!
Hoch die internationale Solidarität!

Infoveranstaltung zum Kaindl Verfahren

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen

Gerhard Kaindl (* 1945; † 4. April 1992 in Berlin) war ein Elektroingenieur aus Berlin-Schöneberg. Er war der Landesschriftführer der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Darüber hinaus war er Mitglied des Vereins Die Nationalen e. V., von dem er als Kandidat zu den Berliner Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 24. Mai 1992 aufgestellt worden war.
In der Nacht vom 3. zum 4. April begab sich Kaindl gemeinsam mit sechs anderen Teilnehmern eines zuvor besuchten Vortrags von Konrad Windisch zum Thema „Ludwig Uhland – Dichter und Patriot“, darunter auch der damalige Berliner Landesvorsitzende der Republikaner Carsten Pagel, sowie der rechtsextreme Verleger Dietmar Munier, in ein Chinarestaurant in Berlin-Neukölln. Von dieser Provokation erfuhren Menschen vor Ort. Sie reagierten umgehend - um den Neofaschisten klar zu machen, dass sie nicht willkommen wären. Während der Auseinandersetzung wurde Kaindl mit einem Messer tödlich und der ebenfalls anwesende stellvertretende Chefredakteur der Wochenzeitung Junge Freiheit Thorsten Thaler schwer verletzt.
Die Ermittlungen der bürgerlichen Justiz enthielten alle Facetten. Von der verbalen Hetze gegen arabische und türkische Migranten/innen bis hin zur offenen Zusammenarbeit mit den Neofaschisten. Im September 1992 übergaben Staatsschutzbeamte der Deutschen Liga Informationen über die angeblich Tatverdächtigten. Mit dem Aufruf „Wir kriegen Euch alle“(Deutschen Rundschau), in dem diese Materialien verarbeitet wurden waren, riefen die Neoafaschisten dazu auf, die bürgerliche Justiz aktiv zu unterstützen. Im November 1993 begann eine Durchsuchungs- und Verhaftungswelle. Am 13.November 1993 hatte eine Person, (Erkan), sich der Polizei gestellt und viele Menschen schwer belastet. Im Dezember meldete sich ein weitere Person bei der Polizei, (Bazdin), der Aussagen in aktenfüllendem Ausmaß machte.
Im Prozess im Jahr 1994 wurden insgesamt sieben Menschen angeklagt. Im Verlaufe des Prozesses kam es zu Aussagen und teilweise zu Absprachen mit der Staatsanwaltschaft. Ursachen dafür waren unter anderem die Konfrontation mit der Anklage Mord, die für einige angeklagte Menschen lebenslänglich bzw. 10 Jahre bedeutet hätte und die kontroverse Debatte innerhalb der linksradikalen Szene zur Bewertung des Todes von Kaindl.
Die Debatte zum Prozess kann aus heutiger Sicht als eine der Einstiegsdiskussionen zur Transformation der ehemals

linksradikalen Bewegung *zur in Teilen staatsloyalen Antifa - Bewegung gewertet werden.

* Innerhalb der bürgerlichen Medien und auch in der Linken wird diese Bewegung fälschlicherweise unter den Begriffen Autonome bzw. Autonomenbewegung subsumiert. Richtig ist, dass die Autonomen ein Teil dieser Bewegung waren, die Bewegung aber wesentlich differenzierter war und ist. Anachistische, sozialrevolutionäre, rätekommunistische und antiimperialistsiche Strömungen und Gruppen prägten neben den Autonomen die linksradikale Bewegung. Umgekehrt ist es heute so, dass die Antifa - Bewegung als Autonome bezeichnet wird.

Wir möchten euch alle zu einer kommenden Veranstaltung mit einer Betroffenen des Verfahrens einladen, die als Einzige keine Aussagen gemacht hat. Die Veranstaltung bietet für uns die Möglichkeit sowohl über antifaschistische Politik im Allgemeinen zu diskutieren, als auch die kommende Repression und das Verhalten vor Gericht zu beleuchten. Haltet euch auf den Laufenden, denn der Veranstaltungstermin steht zum Druck dieser Rabatzausgabe noch nicht fest.

Termine . . .

14. September // 9.30 - 11.30 Uhr:
"Pro Deutschland" vor unserem Sozialen Zentrum

15. September Rotes Kino:
"Aufstand der Bourgeoisie" im Infoladen. Start 19.00 Uhr

18. September "No Pasaran":
Filmpremiere // 20.00Uhr
Geschichtskantine

22. September Rotes Kino:
"Der Putsch" im Infoladen. Start 19.00

22. September:
Nichtwähler/innenlokal im Infoladen von 8.00 - 21.00 Uhr

29. September Rotes Kino:
"Die Macht des Volkes" im Infoladen. Start 19.00 Uhr

05. Oktober Solikonzi gegen Repression:
Lydia Hadmersleben

25. Oktober "Ziviler Ungehorsam":
Veranstaltung mit Oliver Wendenkampf und Oliver Roth // Ort bisher unbekannt

:::ADRESSEN:::

Politische Gruppen und Initiativen:

zusammen kämpfen
c/o Soziales Zentrum, A.- Puschkinstr. 20, 39108 MD
www.zusammen-kaempfen.tk
zusammen-kaempfen@gmx.de

Rote Hilfe Ortsgruppe Magdeburg
c/o Soziales Zentrum,
mittwochs 17.45 Uhr Rechtsberatung

Netzwerk Freiheit für alle polit. Gefangenen [MD]
c/o Soziales Zentrum
www.political-prisoners.net
magdeburg@political-prisoners.net

Initiative für ein Libertäres Zentrum MD
www.squatmagdeburg.blogsport.de

FAU Magdeburg
c/o Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13, 39104 Magdeb.
www.fau.org/ortsgruppen/magdeburg/

Bündnis gegen Tierversuche
www.leibnizstoppen.blogsport.de

Bürgerinitiative Montagsdemo
www.montags-auf-die-strasse.de.tl

Flüchtlingsrat Sachsen- Anhalt e.V.
Schellingstr. 3-4, 39104 Magdeburg
www.fluechtlingsrat-lsa-online.de

KPD/ ML
39034 Magdeburg
Postfach 351102
www.kpd-md.net

DKP
c/o Soziales Zentrum
A.- Puschkinstr. 20
39108 MD
www.dkp-lsa.de

Bündnis Magdeburg Nazifrei
www.magdeburg-nazifrei.com

Soligruppe [§129-Verfahren]
soligruppe.blogsport.eu

Veranstaltungsorte, etc.:

Infoladen Magdeburg-Stadtfeld
[Soziales Zentrum]
A.- Puschkin- Str. 20, 39108 Magdeb.
www.infoladen-md.tk
infoladen_md@riseup.net

KJFE Heizhaus
Harsdorferstr. 33b, 39110 Magdeb.

KJFE Knast
Umfassungsstr. 76, Magdeburg

L!Z - Libertäres Zentrum MD u. Infoladen Salbke
Alt Salbke 114, 39122 Magdeburg

Hallenhausen
An der Steinkuhle 21, 39128 MD

Umsonstladen LirumLarum
Brandenburger Str. 9 (Hinterhof)
39104 MD

Blaue Welt Archiv // Thiembuktu
Thiemstr. 13, 39104 MD

Eine Welt Haus
Schellingstr. 3- 4, 39104 MD

Kurdisch- Deutscher Kulturverein
Keplerstr. 4a, 39104 MD

Frauenzentum Courage
Karl- Schmidt- Str. 56, 39104 MD

Haus der Gewerkschaften
O.- v.- Guericke- Str. 6, 39104 MD

Geschichtskantine
Immermannstr., 39108 MD

NO PASARAN
Zusammen Kaempfen
Magdeburg Nazifrei
Filmpremiere in Magdeburg
18.09.2013 - 20 Uhr - Geschichtskantine, Immermannstraße Magdeburg